



Griechenlands schmerzhafter politischer Wandel

Eine Analyse der anstehenden Parlamentswahlen

NICK MALKOUTZIS

Mai 2012

- Die Parlamentswahlen am 6. Mai in Griechenland werden einzigartig in der jüngeren Geschichte des Landes sein. Seit 1974 wurde die Regierung in Athen beinahe durchgehend entweder von der Mitte-Links-Partei PASOK oder der Mitte-Rechts-Partei Nea Dimokratia gebildet. Gemeinsam vereinten sie meist etwa 80 Prozent der Stimmen. Diese Zahl wird sich letzten Vorhersagen zufolge vermutlich halbieren und keine der beiden Parteien wird in der Lage sein, allein zu regieren.
- Der Verlust an Unterstützung der beiden Parteien ist drei Faktoren geschuldet: den vernichtenden Auswirkungen der Krise, der Unpopularität der mit EU und IWF vereinbarten Maßnahmen dagegen, sowie der Enttäuschung mit dem etablierten politischen System.
- Die griechischen Parteien haben sich grob in zwei Lager geteilt: diejenigen, die die Kreditvereinbarung mit EU und IWF, das so genannte Memorandum, unterstützen, und diejenigen, die dagegen sind oder es verändern wollen. Die Koalitionsoptionen sind daher limitiert, weil nur wenige Parteien gewillt sind mit PASOK und ND nach der Wahl zusammen zu arbeiten und möglicherweise weitere Sparmaßnahmen durchzusetzen.
- Neben dem Memorandum rangieren weitere krisenbezogene Themen oben auf der Agenda der Wählerschaft: Wachstum und Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt sowie Immigration.
- Nach fünf Jahren Rezession und zwei Jahren harter Austeritätspolitik ist die griechische Gesellschaft in Bewegung. Die großen Zweifel an der Zukunft spiegeln sich in der Unsicherheit darüber wider, was am Ende der Periode politischer Transition stehen wird, die Griechenland momentan durchläuft.



Inhalt

1. Die letzten Tage der alten politischen Garde	3
2. Eine zersplitterte politische Landschaft	5
2.1 Das Pro-Memorandum-Lager	6
2.2 Das gemäßigte Memorandum-Lager	8
2.3 Das linke Anti-Memorandum-Lager	9
2.4 Das rechte Anti-Memorandum-Lager	10
2.5 Die kleineren Parteien und der Siegerbonus	11
3. Die Wahlen durch das Prisma der Krise betrachtet	12
4. Hauptthemen des Wahlkampfes	13
4.1 Austeritätspolitik	13
4.2 Wachstum und Arbeitsplätze	15
4.3 Andere Themen	18
5. Protest und Beteiligung	23
6. Ein schwieriger Übergang ins Ungewisse	25



1. Die letzten Tage der alten politischen Garde

Es spricht vieles dafür, dass die vorgezogenen Parlamentswahlen am 6. Mai 2012 in Griechenland zu einem Wendepunkt in der politischen Geschichte des Landes werden. Erst zum zweiten Mal seit Mitte der 1970er Jahre werden aller Wahrscheinlichkeit nach weder die Mitte-Links-Partei PASOK noch die Mitte-Rechts-Partei Nea Dimokratia (ND) Wählerstimmen in ausreichender Zahl erhalten, um allein die Regierung bilden zu können.

Aus Meinungsumfragen geht hervor, dass die drei Linksparteien seit vergangenem Jahr in der Wählergunst steigen: die dogmatische Kommunistische Partei (KKE), die weit links anzusiedelnde Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) und die moderatere Demokratische Linke. Auch die im März von Parlamentsabgeordneten nach ihrem Ausschluss aus der PASOK gegründete Partei namens Sozialer Pakt für ein Griechenland in Europa könnte durchaus einige PASOK-Anhänger für sich gewinnen.

Im rechten politischen Lager stellen vor allem die nationalistische Orthodoxe Volkszusammenkunft (LAOS) und die Unabhängigen Griechen eine Herausforderung für die ND dar. Die neue Partei der Unabhängigen Griechen wurde ebenfalls von Abgeordneten gegründet, die aus einer Partei – hier der ND – ausgeschlossen worden waren. Zudem sieht es ganz danach aus, als sollten noch weitere kleinere Parteien ins Parlament einziehen, darunter die neofaschistische Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) oder die ökologisch orientierten Grünen.

Griechenland erlebt also gerade das Ende einer Ära, in der zwei Parteien immer abwechselnd die Regierung stellten.

Seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974 haben PASOK und ND die griechische Politik dominiert und dabei in den meisten Parlamentswahlen zusammen mehr als 80 Prozent der Stimmen erhalten. Abgesehen von einer erfolglosen fünfmonatigen Koalition von ND und den Linken 1989 wurde Griechenland in den letzten 38 Jahren von den beiden großen Parteien gestaltet. Neuere Umfragen lassen darauf schließen, dass die Unterstützung für diese Parteien bei den bevorstehenden Wahlen auf ein Rekordtief sinken könnte. Laut einer von Public Issue, einem der führenden Meinungsforschungsinstitute Griechenlands, durchgeführten und am 20. April veröffentlichten Um-

frage¹ könnte es für die beiden Parteien sogar schwer werden, gemeinsam auch nur 40 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinen.

Tabelle 1

Jahr	PASOK	Nea Dimokratia	beide Parteien
1977	25,34	41,84	67,18
1981	48,07	35,88	83,95
1985	45,82	40,84	86,66
1989 (Juni)	39,13	44,28	83,41
1989 (November)	40,67	46,19	86,86
1990	38,61	46,89	85,50
1993	46,88	39,30	86,18
1996	41,49	38,12	79,61
2000	43,79	42,73	86,52
2004	40,55	45,36	85,91
2007	38,10	41,84	79,94
2009	43,92	33,48	77,40

PASOK und ND haben in den letzten vier Jahrzehnten ein Wirtschaftsmodell aufgebaut, das weitgehend auf dem öffentlichen Sektor und einer überbordenden Klientelpolitik zwischen den Parteien und ihren Wählern sowohl auf individueller als auch auf der Ebene von Berufsgruppen oder Gewerkschaften beruhte.

Die Ausgaben für Gehälter im öffentlichen Dienst, für das öffentliche Beschaffungswesen und für Sozialleistungen stiegen seit Anfang der 1980er Jahre stetig an und bildeten die Grundlage für den Umgang zwischen den Politikern dieser beiden Parteien und der Öffentlichkeit. Durch Einstellungen im öffentlichen Sektor und immer wieder neue legislative Eingriffe, die häufig die Bevorzugung bestimmter Gruppen zum Ziel hatten, bauten sowohl PASOK als auch ND Griechenlands bürokratisches Labyrinth weiter aus. Davon profitierten insbesondere Berufsgruppen wie Notare, Anwälte, Bauingenieure und Steuerberater, denn ihre Auftragslage und ihr Einkommen waren dadurch gesichert, dass schon für die einfachs-

1. Public Issue: »Politbarometer Nummer 104, Erste Aprilhälfte 2012«, <http://www.publicissue.gr/1967/varometro-apr-2012-3o-ektakto-kyma/>.

ten Angelegenheiten im privaten Sektor die Inanspruchnahme ihrer Dienste gesetzlich vorgeschrieben war.

Beide Parteien begünstigten Gewerkschaften und andere Berufsverbände im privaten Sektor und scheuten sich vor ernsthaften Strukturreformen wie einer Überarbeitung des griechischen Rentensystems oder der Liberalisierung geschützter Berufe. Zudem machten sich sowohl PASOK als auch ND die mangelnde Transparenz bei der Parteienfinanzierung und die fehlende politische Rechenschaftspflicht – die sich in dem Gesetz manifestiert, das Parlamentsabgeordneten Immunität vor der Strafverfolgung gewährt – zunutze, um fragwürdige und zuweilen korrupte Beziehungen mit Privatfirmen und Unternehmern zu entwickeln.

Der Kurs der griechischen Politik in den letzten vier Jahrzehnten ist weitgehend von dem geprägt, was Stavros Lygeros, Autor des Buches »Von der Kleptokratie zum Bankrott«, als den »ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag« bezeichnet. Anders ausgedrückt waren viele Wähler gewillt, über Verschwendung und Korruption im öffentlichen Sektor sowie über ineffizientes Vorgehen im privaten Sektor, wie beispielsweise gegen Steuerhinterziehung, hinwegzusehen, solange die verantwortlichen Politiker sie entweder mit Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst, öffentlichen Aufträgen oder Sozialleistungen belohnten beziehungsweise die profitablen Nischen nicht antasteten, die sich einige Berufsgruppen geschaffen hatten.

Die verheerenden ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren haben den von Lygeros beschriebenen Gesellschaftsvertrag jedoch bröckeln lassen. Aufgrund des Mangels an öffentlichen Geldern und des Drucks seitens der Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission, Strukturreformen auf den Weg zu bringen, sind die griechischen Politiker ihrer üblichen Politikinstrumente beraubt. Mittlerweile wird einem Großteil der griechischen Öffentlichkeit immer bewusster, wie groß der Schaden für das Land ist, der auf die bedingungslose Unterstützung für die ND und die PASOK seit den 1970er Jahren zurückzuführen ist.

Und schließlich ist auch die Unbeliebtheit der Maßnahmen, die zunächst von der PASOK und dann von der Koalitionsregierung im Rahmen der Rettungspakete mit der Eurozone und dem IWF vereinbart wurden, ein Grund

dafür, dass die beiden großen Parteien so sehr in der Wählergunst abrutschten. Obwohl die Unterstützung für strukturelle Reformen nach wie vor groß ist, hat die sich verschlimmernde Rezession, von der Griechenland seit 2008 erfasst ist, das Vertrauen der Menschen unterminiert. Heute glaubt nur eine Minderheit daran, dass sich das Land auf dem Weg zum konjunkturellen Aufschwung befindet und dass PASOK oder ND schlüssige Ideen haben, wie diese die griechische Gesellschaft destabilisierende Krise zu bewältigen ist.

Es kann kaum bezweifelt werden, dass die Wirtschaftskrise und die Positionen, die die Parteien für bzw. gegen die als Memorandum bekannte Kreditvereinbarung Griechenlands mit der Eurozone und dem IWF eingenommen haben, die griechische Politik grundlegend umgestalten werden. In den letzten Jahren gab es deutliche Anzeichen dafür, dass die politische Bühne sich ändert und dass das Land eine turbulente Übergangsphase durchlebt. Die bevorstehenden Wahlen finden also vor diesem Hintergrund wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wandels statt.

Während es für die beiden großen Parteien zusammen schon schwer wird, auch nur 40 Prozent der Wählerstimmen auf sich zu vereinen, ist Griechenland auf dem Weg zu einem Wahlergebnis, das es in mehr als sechs Jahrzehnten nicht gegeben hat. Yiannis Mavris, der Geschäftsführer von Public Issue, erklärt dies so:

»In der politischen Geschichte Griechenlands gab es letztmalig vor 62 Jahren bei den 1950 abgehaltenen ersten Wahlen nach dem Bürgerkrieg so niedrige Stimmenanteile für die beiden großen Parteien. Die derzeitige Zersplitterung der politischen Kräfte könnte ähnliche ideologische und politische Ausmaße annehmen wie die nach den Wahlen von 1950. Damals war sie auf die Besetzung durch die Nazis und den anschließenden Bürgerkrieg zurückzuführen, heute ist sie das politische Ergebnis der Umsetzung des EU-IMF-Memorandums, das sich auch in den Wahlen widerspiegeln wird.«

Die Unterzeichnung des ersten Memorandums im Mai 2010 und der zweiten Vereinbarung im Februar 2012 waren entscheidende Momente, weil sie die Art und Weise festlegten, in der Griechenland mit seiner Wirtschaftskrise, der Stellung des Landes in der EU und den Beziehungen zwischen den Parteien und der Wählerschaft umgehen würde. Zwar hat es in den letzten Jahren nie

dagewesene Turbulenzen im Verhältnis Griechenlands zu seinen europäischen Partnern gegeben, aber diese sind kaum mit den im Land selbst erlebten politischen und sozialen Unruhen vergleichbar.

Im Mai 2010 wurde ein Keil tief in die griechische Politik getrieben. Die Entscheidung der PASOK-Regierung, das Memorandum zu unterzeichnen, wurde nur von der LAOS unterstützt. Mit dem Nein der ND zu dieser Vereinbarung entstand ein Anti-Memorandum-Lager, das in der politischen Mitte verwurzelt war und nicht nur am linken oder rechten Rand. Das führte dazu, dass die politische Debatte der letzten beiden Jahre sehr stark von allgemeinen für oder gegen das Memorandum sprechenden Themen gefärbt war und Diskussionen über bestimmte Maßnahmen oder die Entwicklung neuer Ideen zur Bewältigung der Krise zu kurz kamen. Aufgrund der Härte von vielen der seit 2010 beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen ist aus der Kluft zwischen den Parteien gegenwärtig ein tiefer Abgrund geworden zwischen denen, die den aktuellen wirtschaftlichen Kurs weiterführen wollen, und denen, die ihn kategorisch ablehnen.

2. Eine zersplitterte politische Landschaft

Schon vor den Wahlen im Mai ist erkennbar, wie sehr sich das politische System Griechenlands in der Wirtschaftskrise zersplittert hat. Kurz vor den Wahlen sind neun Parteien im Parlament vertreten, ein Rekord für Griechenland nach 1974. Bis jetzt waren es immer maximal fünf oder sechs Parteien. Zu dieser Parteienvermehrung kam es aufgrund des intensiven Drucks, den die Krise und die Unbeliebtheit der finanzpolitischen Maßnahmen auf die traditionellen Gruppierungen Griechenlands ausübten.

Die ND musste zwei Abspaltungen hinnehmen: Die ehemalige Außenministerin Dora Bakoyannis gründete 2010 die liberale Demokratische Allianz, und der Abgeordnete Panos Kammenos, der im Februar 2012 aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er gegen die Bedingungen von Griechenlands zweitem Rettungspaket gestimmt hatte, gründete die nationalistischen Unabhängigen Griechen.

Aus der PASOK sind ebenfalls zwei weitere Parteien hervorgegangen: Der linksgerichtete Soziale Pakt wurde im März 2012 von den ehemaligen sozialistischen Ministern Louka Katseli und Haris Kastanidis gegründet. Unter der

Führung des früheren Mitte-Links-Abgeordneten Yiannis Dimaras bildete sich die kleine Partei Arma Politon (Streitwagen der Bürger), die sich nun mit den Unabhängigen Griechen zusammen geschlossen hat.

Im Jahr 2010 verließen vier Abgeordnete das linke Bündnis SYRIZA, um die moderatere, pro-europäische Demokratische Linke zu gründen, die bei den anstehenden Wahlen mit den Unabhängigen Griechen darum kämpfen wird, wer die erfolgreichste neue Partei sein wird.

Die Demokratische Linke und die Unabhängigen Griechen haben genügend (jeweils zehn) Abgeordnete der PASOK bzw. der ND für sich gewinnen können, um den Fraktionsstatus zu erhalten. Dadurch stehen den beiden neuen Parteien mehr Rechte im Parlament und während des Wahlkampfes mehr Sendezeit in den Medien zu.

Die neunte im Parlament vertretene Partei ist die rechtsgerichtete nationalistische Orthodoxe Volkszusammenkunft (LAOS), die kurzzeitig Juniorpartnerin in der gegenwärtigen Koalitionsregierung war.

Ein bedeutsamer Aspekt der derzeitigen Zersplitterung der politischen Landschaft ist, dass die neugegründeten Parteien fast ausschließlich auf Abspaltungen aus etablierten Gruppierungen entstanden und nicht aus den neuen Bewegungen und daher auch nicht mit frischem politischen Personal ausgestattet sind. Anders als bei früheren griechischen Wahlen stehen dieses Mal mehr Kandidaten auf den Listen, die keine Berufspolitiker sind: In den vergangenen Wochen haben Wirtschaftswissenschaftler, Ingenieure, Aktivisten und Unternehmer in den Wahlkampf eingegriffen. Mit der Dimiourgia Xana (Neue Kreativität) gibt es sogar eine Partei, die sich damit rühmt, keine Politiker, sondern ausschließlich Unternehmer ins Rennen zu schicken. Ihr Motto »Politik ohne die Politiker« fängt sehr gut die öffentliche Stimmung ein, die sich gegen etablierte politische Persönlichkeiten gewendet hat. Diese Entwicklungen stehen noch ganz am Anfang, könnten aber in künftigen Wahlen Wirkung zeigen. Derzeit geht es um die Frage, wie die existierenden Parteien die Krise des öffentlichen Vertrauens überstehen. Das Ergebnis dieser Parlamentswahl ist nur als eine Übergangsphase in der griechischen Politik zu verstehen, in der die etablierten Parteien auseinandergerissen werden und es noch unklar ist, ob sie in erneuerten, gestärkten Versionen wieder aufgebaut oder durch etwas anderes ersetzt werden.

Momentan sieht es sehr danach aus, als müssten PASOK und ND wieder eine Koalitionsregierung bilden. Das allein trägt schon zur weiteren Verunsicherung bei, denn abgesehen von der Beteiligung beider Parteien an der im vergangenen November gebildeten Übergangsregierung haben die beiden größten Parteien Griechenlands keinerlei Erfahrungen in der Zusammenarbeit. Der von Public Issue durchgeführten Meinungsumfrage vom 20. April zufolge liegt die ND in der Wählergunst noch vorne, verliert aber an Rückhalt, während die PASOK, die sich mit der Ablösung Georgios Papandreous durch den ehemaligen Finanzminister Evangelos Venizelos als Parteichef einer leichten Verjüngungskur unterzogen hat, gerade im Aufwind ist. Der kombinierte Stimmenanteil der beiden Großen von 35,5 Prozent, würde ihnen 154 von 300 Sitzen im Parlament sichern.

Tabelle 2

Partei	Prozentsatz
Nea Dimokratia	21,5
PASOK	14
Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA)	13
Kommunistische Partei (KKE)	11
Unabhängige Griechen	11
Demokratische Linke	9,5
Chrysi Avgi	5,5
Ökologen/Grüne	3,5
Orthodoxe Volkszusammenkunft (LAOS)	3
Demokratische Allianz	3

Einige Beobachter gehen davon aus, dass der Wählerzuspruch für die PASOK und die ND noch etwas ansteigen und ihnen ein gemeinsames Ergebnis von über 40 Prozent bei der Wahl bescheren wird, aber es besteht wenig Zweifel daran, dass ihr Stimmenanteil im Vergleich zu vergangenen Wahlen stark zusammengeschmolzen sein wird. Es wird erwartet, dass sie darum kämpfen werden, eine Mehrheit der Griechen davon zu überzeugen, dass der mit dem EU-IWF-Memorandum eingeschlagene Kurs der beste Weg aus der Krise ist. Wenige der kleineren Parteien werden versuchen, ihnen diese Aufgabe streitig zu machen; sie werden stattdessen zum Angriff blasen gegen die Sparmaßnahmen und den Einfluss von außen, der mit den Bedingungen der Rettungspakete einhergeht.

2.1 Das Pro-Memorandum-Lager

PASOK

Die Krise hat sich insbesondere für die PASOK als traumatisch erwiesen. Seit 2010 hat sie sich von ihren eigenen Grundsätzen abgewandt, mit denen sie in den 1980er Jahren zu einer bedeutenden politischen Kraft wurde: Durch höhere Steuern und die Unfähigkeit, den wirtschaftlichen Niedergang zu stoppen, hat sie der Mittelschicht, zu deren Schaffung sie selbst beigetragen hat, das Leben erschwert. Außerdem hat sie mit dem Abbau des umfangreichen Staatsapparats begonnen, an dessen Aufbau viele ihrer Anhänger beteiligt waren, nachdem sie Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor erhalten hatten.

Die Sparmaßnahmen und strukturellen Reformen, denen die PASOK im Zuge des ersten Rettungspakets für Griechenland zugestimmt hatte, und die sich als Bedingungen auch im zweiten Hilfspaket wiederfinden, haben innerhalb der Partei tiefe Konflikte ausgelöst. Einige Minister haben versucht, jegliche Veränderungen, die bei der Wählerschaft der Partei auf Unmut stoßen könnten, so lange wie möglich hinauszuzögern. Die Entscheidung der Regierung von Georgios Papandreou, den Mangel an strukturellen Reformen in den Jahren 2010 und 2011 mit immer neuen finanzpolitischen Maßnahmen zu kompensieren, bedeutete, dass die Sozialisten zwar einerseits die Verärgerung eines Teils ihrer Anhängerschaft – den Beschäftigten im öffentlichen Dienst – vermieden, andererseits aber einen anderen Teil – die Mittelschicht Griechenlands – in Harnisch brachte.

Papandreous als schlecht eingestuftem Umgang mit der Krise und seine Unfähigkeit, die Auswirkungen seiner Regierungspolitik auf die durchschnittliche griechische Bevölkerung richtig einzuschätzen, führten zu einem Absturz seiner Popularität und der seiner Partei auf ein Rekordtief. Laut einer Anfang des Jahres durchgeführten Meinungsumfrage von Public Issue lagen die Umfragergebnisse der Mitte-Links-Partei bei lediglich acht Prozent, eine Zahl, die ein Jahr zuvor noch undenkbar gewesen wäre.

Inzwischen hat jedoch Evangelos Venizelos den ausgedienten Papandreou an der Parteispitze abgelöst, und die Partei steht in den Umfragen wieder etwas besser da. Fast 250 000 PASOK-Anhänger gaben bei der Urwahl des Vorsitzenden am 18. März ihre Stimme für Venizelos ab,

obwohl die Wahl des Parteichefs ohne Gegenkandidaten im Grunde eine Farce war. Die Bestätigung, dass die PASOK-Anhänger sich immer noch in so überraschend großer Zahl für die Belange der Partei interessieren, war Ansporn für die Sozialisten. Im März stieg die Unterstützung für die PASOK innerhalb weniger Wochen von 11 auf 15,5 Prozent.

Ein Großteil der Stammwähler der PASOK war zur Demokratischen Linken abgewandert, und es wird eine von Venizelos' Aufgaben sein, vor der Wahl so viele wie möglich zurückzugewinnen. Da er als Finanzminister für einige unpopuläre Maßnahmen verantwortlich war, darunter eine über die Stromrechnungen eingetriebene Sonder-Immobiliensteuer, wird er sich wahrscheinlich nicht auf seine persönliche Popularität stützen können, um das Ansehen der Partei zu verbessern. Für ihn sprechen jedoch seine Beständigkeit und seine Beharrlichkeit.

Venizelos, der seit den frühen 1990er Jahren in der PASOK ist, hat seine Karriere neu aufgebaut, nachdem er 2007 erfolglos für den Parteivorsitz kandidiert hatte. Im Laufe der letzten Monate hat er Konfrontationen mit der Troika, mit seinen Amtskollegen in der Eurozone und mit Vertretern seiner eigenen Partei durchstehen müssen. Zudem wurde er für einen Großteil der Öffentlichkeit zu einer Spottfigur. Trotz alledem ist er nicht untergegangen, sondern sogar zum Parteichef gewählt worden. Die Tatsache, dass Venizelos diese Herausforderungen gemeistert hat, ist ein gewichtiger Bonus für eine weitgehend diskreditierte und desorganisierte PASOK. Venizelos muss nun sicherstellen, dass die Partei nicht weiter abrutscht, und er muss einen Teil der abgewanderten Stammwählerschaft zur Rückkehr bewegen.

Das drückt sich so aus, dass die PASOK in ihrem Wahlkampfprogramm wenig (an-)greifbare Politik ankündigt. Stattdessen betont sie stärker, dass sie sich in den letzten Jahren durch das Treffen schwieriger Entscheidungen selbst geopfert hat, was sie zu einem geeigneten und verantwortungsbewussten Mitglied einer künftigen (wahrscheinlich Koalitions-)Regierung macht, die vor ebenso schwierigen Entscheidungen stehen wird. In seinen ersten Reden als Parteivorsitzender hat Venizelos seine Verpflichtung auf die Bedingungen des zweiten Rettungspakets erneut bestätigt und seine Meinung bekräftigt, dass dies die einzige realistische Option für Griechenland sei, aus der Krise herauszufinden. Dennoch deutete er an, dass Griechenland eine einjährige Verlängerung des fi-

nanziellen Anpassungsprogramms verhandeln sollte. Venizelos drängte die Wähler, die PASOK selbst ohne eigene klare Mehrheit zur führenden Partei zu machen, so dass er das Recht habe, eine Regierung zu bilden und mit der Troika über eine Verlängerung der Sparziele bis 2015 verhandeln könne.

Nea Dimokratia

Dagegen steht Antonis Samaras, der Vorsitzende der ND, vor einer weitaus komplizierteren Aufgabe. Nachdem er nach der demoralisierenden Niederlage der konservativen Partei bei den Wahlen im Oktober 2009 den Parteivorsitz übernommen hatte, rückte er seine Partei weiter nach rechts. Die Partei nahm eine härtere Haltung in nationalen Fragen und in Bezug auf Immigration ein. Außerdem nahm sie Mitglieder des rechtsgerichteten Think Tanks Diktyo 21 und kürzlich auch zwei Kabinettsmitglieder der nationalistischen LAOS, Makis Voridis und Adonis Georgiadis, beide mit rechtsextremem Hintergrund, in ihre Reihen auf.

Der Ruck nach Rechts, weg von der Mitte, wo Samaras' Vorgänger Kostas Karamanlis in den Jahren 2004 und 2007 zwei Wahlsiege errungen hatte, war der Popularität der Partei aber nicht zuträglich. Tatsächlich sind Samaras Umfragewerte seit seinem Antritt als Parteichef der ND kaum einmal besser ausgefallen als das desaströse Ergebnis von 33 Prozent für die Partei bei der Wahl von 2009, das schlechteste Wahlergebnis in der Geschichte der ND. Obwohl mehr Menschen ihre Absicht kundtun, sich an der Wahl zu beteiligen, sinkt offensichtlich die Zahl der Stimmen für die ND.

Samaras steht bei dieser Wahl vor allem vor dem Problem, die Kehrtwende in seiner Haltung zu den Memoranden rechtfertigen zu müssen. Nach seiner entschiedenen Ablehnung des ersten Memorandums hatte er dem zweiten zugestimmt. Samaras verteidigte seinen Zickzackkurs damit, dass die beiden nicht vergleichbar seien, da das zweite den Schuldenschnitt unter Beteiligung des privaten Sektors (PSI) und Mittel für die Rekapitalisierung griechischer Banken beinhalte. Allerdings deuten Meinungsumfragen darauf hin, dass seine Argumentation die Wähler, die von den Sparmaßnahmen des zweiten Rettungspakets genauso stark betroffen sind wie von denen des ersten, nicht sonderlich überzeugt.

»In dem Moment, in dem die Nea Dimokratia für das neue Memorandum stimmte, trat die Partei in direkte Opposition zu ihrer sozialen Basis«, schreibt Stavros Lygeros.²

Ironisch für die ND ist, dass sie trotz ihres Rechtsrucks in den letzten Jahren immer noch Stimmen nach rechts verliert, vor allem an die Unabhängigen Griechen. Der Umfrage von Public Issue zufolge ist die Unterstützung für die ND in nur etwas mehr als einem Monat nach Gründung der Partei um sieben Prozentpunkte auf 21,5 Prozent zurückgegangen. Die Konservativen scheinen in einer Falle zu stecken.

Der politische Beobachter und frühere Berater von Karamanlis, Yiannis Loulis, schreibt dazu: »Durch ihren anfänglichen Kreuzzug gegen das Memorandum ist die Partei in eine Sackgasse geraten. Diese Strategie hinderte sie daran, sich als verantwortungsbewusste, vertrauenswürdige politische Kraft zu präsentieren und von den gescheiterten Reformversuchen Georgios Papandreous zu profitieren. Gleichzeitig pflanzte sie damit einigen ihrer Anhänger populistische Ideen ein. Diese Anhänger wandern nun zu Panos Kammenos' Partei [Unabhängige Griechen] ab, die sich als echte Anti-Memorandum-Partei ausgibt.«

Samaras begann seinen Wahlkampf mit dem Aufruf an die Wähler, ihm eine klare Mehrheit zu verschaffen, damit die ND keine Koalition eingehen müsse. Die Konservativen stellten heraus, dass Griechenland mit Koalitionsregierungen schlechte Erfahrungen gemacht hat. Samaras spricht sich auch für eine stärkere Konzentration auf das Wirtschaftswachstum aus und hat angedeutet, dass er versuchen wolle, einige der im EU-IWF-Programm festgelegten Maßnahmen durch andere zu ersetzen, um die Belastung der Steuerzahler zu mindern. Samaras sagte, dass Mittel durch eine Bekämpfung der Verschwendung im öffentlichen Dienst verfügbar gemacht werden können. Er versicherte, dass es keine weiteren Rentenkürzungen geben werde, wenn er Ministerpräsident werden sollte.

2. »Die politische Landschaft nach den Wahlen aus den Fugen geraten« von Stavros Lygeros in der Tageszeitung Kathimerini vom 2.3.2012, http://www.kathimerini.gr/4dcgi/_w_articles_kathpolitics_1_02/03/2012_430751.

Die beiden Großen – Unterschiede im Stil, nicht aber bei den Inhalten?

In Bezug auf ihre Positionen zum Schlüsselthema, dem EU-IWF-Memorandum, unterscheiden sich PASOK und ND in den Augen der griechischen Wähler letztlich kaum voneinander. Da beide dem zweiten Rettungspaket und seinen nach Ansicht vieler Griechen zu strengen Auflagen zugestimmt haben, geht es im Wettstreit der beiden mächtigen Parteien Griechenlands hauptsächlich um Stil und weniger um Inhalte. Die ND versucht, sich mit dem Argument abzugrenzen, dass es richtig gewesen sei, das erste Rettungspaket abzulehnen, weil es sich zu stark auf Sparmaßnahmen konzentriert habe. Die PASOK kontert, dass sie die Verantwortung für die Zustimmung zum ersten Memorandum auf sich genommen habe, um einen unkontrollierten und chaotischen Staatsbankrott zu vermeiden. Samaras kündigt an, dass er als Ministerpräsident eine Feinabstimmung des zweiten Memorandums vornehmen werde, indem er einige der schmerzhafteren fiskalischen Maßnahmen durch mildere Sparmaßnahmen ersetzen werde, die weder das Einkommen der Wähler zu sehr schmälern noch das Wirtschaftswachstum hemmen würden. Venizelos beansprucht dagegen für sich, dass er Stabilität bringen werde, da die Europäer ihm mehr Vertrauen entgegenbrächten als seinem Rivalen aus der ND. Gemeinsam lautet ihre Botschaft an das griechische Wahlvolk, dass sie ihr Verantwortungsbewusstsein bereits unter Beweis gestellt hätten, als sie die politischen Schläge für die Zustimmung zum zweiten Rettungspaket eingesteckt hätten, womit sie zum Ausdruck bringen wollen, dass man ihnen – im Gegensatz zu den Oppositionsparteien – vertrauen könne, das Projekt auch zu Ende zu bringen.

2.2 Das gemäßigte Memorandum-Lager

Als die nationalistische LAOS im Februar 2012 vor der parlamentarischen Abstimmung über das zweite Memorandum aus der Koalitionsregierung unter Loucas Papadimos ausstieg, blieb es allein der PASOK und der Neuen Demokratie überlassen, der neuen Kreditvereinbarung die politische Zustimmung zu erteilen.

Zwar hat keine der anderen Parteien für das Memorandum gestimmt, aber zwei der neugegründeten und erstmals zur Wahl stehenden Parteien, die Demokratische

Linke und die Demokratische Allianz, waren in ihrer Ablehnung eher gemäßigt.

Die Demokratische Linke wurde im Juni 2010 gegründet, als vier Abgeordnete die SYRIZA verließen, um eine moderatere, pro-europäische Gruppierung ins Leben zu rufen. Sie konnte im Laufe der letzten Monate einen deutlichen Anstieg Ihrer Popularitätswerte verzeichnen. Ihr Vorsitzender, Fotis Kouvelis, der in der Vergangenheit kurzzeitig das Amt des Justizministers bekleidete, ist für griechische Verhältnisse ein vergleichsweise sanftmütiger Politiker und hat im Vorfeld der Wahl mit 51 Prozent die besten Umfragewerte aller Vorsitzenden der zur Wahl stehenden Parteien. Der Demokratischen Linken ist es gelungen, den Wählern eine politische Heimat zu bieten, die eine linksgerichtete Gruppierung suchten, die sich für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone ausspricht und zwar einige Reformen befürwortet, insgesamt aber eine nicht so erdrückende Methode der Krisenbewältigung unterstützt.

Zu Kouvelis' Alternativvorschlägen gehören ein Fünfjahresplan für das Wirtschaftswachstum mit Unterstützung durch den EU-Strukturfonds und die Europäische Investitionsbank sowie mit Hilfe festverzinslicher Wertpapiere. Außerdem schlug er vor, dass ein Großteil der Schulden Griechenlands an die Europäische Zentralbank übertragen werden sollte, um dem Land einen längeren Zeitraum für die Rückzahlung zu ermöglichen. Ähnlich wie Samaras deutete auch Kouvelis an, dass die mit der Troika vereinbarten Sparziele von elf Milliarden Euro bis Juni nicht durch Ausgabenkürzungen erreicht werden müssten, sondern schon durch moderate Fortschritte bei der Bekämpfung von Korruption, Steuerhinterziehung und Verschwendung gelingen können.

Kouvelis lehnt die Vorstellung ab, als dritte Partei eine Koalitionsregierung mit PASOK und ND zu bilden, es sei denn es gibt klare Vereinbarungen über spezifische Politikfelder. Eine direktere Kooperation zwischen PASOK und der Demokratischen Linken kann aber nicht ausgeschlossen werden, wenn das Wahlergebnis den beiden Parteien einen ausreichend großen Stimmanteil sichert. Eine der Aufgaben von Kouvelis in diesem Wahlkampf war es, die Wähler davon zu überzeugen, dass seine Partei nicht nur ein Ableger der PASOK ist, sondern eine eigene, unabhängige Identität hat.

Die kleine liberale Demokratische Allianz unter Führung der ehemaligen Außenministerin Dora Bakoyannis ist in ihrem Ansatz zum Memorandum ebenfalls eher konsensorientiert. Obwohl ihre Abgeordneten dem neuen Rettungspaket im Parlament nicht zustimmten, befürwortet die Partei viele der im Rahmen dieses Pakets vorgesehenen Reformen. Tatsächlich fordert sie in einigen Bereichen – wie bei der Reform des politischen Systems und des öffentlichen Sektors – sogar weiter gehende Veränderungen als die PASOK und die ND. Bakoyannis spricht sich aber auch für eine stärkere Gewichtung des Wirtschaftswachstums aus. Die frühere ND-Ministerin bleibt aber dennoch die am wenigsten beliebte Parteiführerin und konnte die Wähler bislang nicht davon überzeugen, dass sie das System verändern will. Sie selbst war sehr lange ein Teil dieses politischen Systems und schon ihr Vater Konstantinos Mitsotakis war in den 1990er Jahren Premierminister gewesen.

Die Demokratische Allianz wäre ein möglicher Koalitionspartner für die PASOK oder die ND, auch wenn Bakoyannis aufgrund ihrer Zustimmung zum ersten Memorandum aus der konservativen Partei ausgeschlossen worden war. Den Umfragen nach wird diese Partei der Mitte jedoch nicht den für den Einzug ins Parlament nötigen Stimmenanteil erreichen.

2.3 Das linke Anti-Memorandum-Lager

In den letzten Monaten sind die Umfragewerte der linken Parteien beachtlich gestiegen. Hauptgründe für diesen Trend sind die wachsende Unzufriedenheit mit der PASOK und der ND sowie die durch die Sparmaßnahmen verursachten Nöte.

Die Kommunistische Partei (KKE) und die SYRIZA profitierten von der Abkehr der Wähler von den großen Parteien. Die dogmatische KKE konnte aufgrund ihrer entschiedenen Opposition gegen das EU-IWF-Memorandum einen langsamen, aber stetigen Anstieg in der Wählergunst verzeichnen. Allerdings wird dieser Trend wohl kaum anhalten, nachdem die Parteivorsitzende Aleka Papatoufaki dazu aufgerufen hat, dass Griechenland den Euro wieder abschaffen und die EU verlassen solle. Mit dieser Forderung unterscheidet sich die KKE von den anderen linken Parteien, wird aber für diese Position keine breite Unterstützung finden. Papatoufaki hat auch klar ge-

macht, dass sie nicht vorhat, an einer Koalitionsregierung mitzuwirken.

Die SYRIZA steht der EU zwar auch sehr kritisch gegenüber, geht aber nicht so weit, für einen Austritt Griechenlands zu plädieren. Die Partei hat jedoch nicht nur ein Schuldenmoratorium für Griechenland gefordert, sondern auch, dass die EU einen Marshall-Plan ausarbeiten solle, um dem Land den Weg zurück zum Wirtschaftswachstum zu ebnet. Unter der Führung des jüngsten Parteivorsitzenden Griechenlands, Alexis Tsipras, hat die SYRIZA eine eiserne Haltung gegen das Memorandum bezogen und hat hier und da komplett im Gegensatz zu den Reformvorhaben stehende Maßnahmen vorgeschlagen, wie beispielsweise die Forderung nach Beschäftigung von mehr Griechen im öffentlichen Dienst. Wie auch die KKE hat sie sich in den letzten Monaten eines konstanten Anstiegs bei den Umfragewerten erfreut. Tsipras hat kürzlich erfolglos versucht, die linken Parteien zur Zusammenarbeit im Wahlkampf zu bewegen, um die Konkurrenz zwischen ihnen in Wahlkreisen mit nur einem Direktkandidaten zu verhindern. Weniger als zwei Wochen vor der Wahl hat er einen weiteren überraschenden Vorstoß gemacht und verkündet, dass er die Unterstützung der Unabhängigen Griechen in einem Vertrauensvotum akzeptieren würde, wenn es nach der Wahl die Chance auf eine Regierung der Memorandumsgegner gäbe. SYRIZA könnte bei der Wahl die drittstärkste Partei werden, so dass Tsipras die Aufgabe der Regierungsbildung zufallen würde, sollten Samaras und Venizelos scheitern. Die Chance einer Zusammenarbeit zwischen dem Linksbündnis und einer als klar rechts verorteten Partei macht deutlich, wie sehr sich der Status Quo in der griechischen Politik verändert hat.

»Wut radiert ideologische Trennlinien aus«, schreibt Yiannis Loulis.³ »Es ist bemerkenswert, dass sich dreimal so viele Wähler der politischen Mitte zurechnen wie dem rechten oder linken Spektrum. Dennoch bringen viele dieser Wähler der Mitte ihren Unmut über die beiden großen Parteien dadurch zum Ausdruck, dass sie kleine, extreme Parteien unterstützen, in denen ihre Wut ernst genommen wird.«

3. »Die Linke: ideologischer Rückzieher, aber erfolgreich bei den Wählern« von Yiannis Loulis in der Zeitung Imerisia 31.3.2012, <http://www.johnloulis.gr/default.asp?siteID=1&pageID=5&tablePageID=1&langID=1&entryID=621>.

Loulis weist desweiteren darauf hin, dass die Unterstützung für die Linksparteien ansteigt, obwohl aus Umfragen hervorgeht, dass die meisten Griechen Strukturformen befürworten, die von diesen Parteien abgelehnt werden. Das wirft die Frage auf, ob die Wählerabwanderung nach links eine momentane Reaktion auf das Versagen von PASOK und ND ist oder als Anzeichen eines substantielleren Wandels in der griechischen Politik zu begreifen ist.

Aus einer Umfrage von Public Issue vom 1. April wurde auch deutlich, dass sich von den 48 Prozent der Griechen, die eine Koalitionsregierung nach der Wahl befürworten, 21 Prozent wünschen, dass diese Koalition sich aus den linken Parteien bildet.⁴ Der Wunsch, dass die drei Linksparteien zusammenarbeiten, scheint allerdings unerfüllbar. Die KKE schließt eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien kategorisch aus und die Demokratische Linke ist das Ergebnis einer Spaltung in der SYRIZA.

2.4 Das rechte Anti-Memorandum-Lager

Eine der bemerkenswerten Entwicklungen der letzten Wochen ist der offensichtliche Absturz der Orthodoxen Volkszusammenkunft (LAOS) in den Umfragen. Die LAOS und ihr populistischer Vorsitzender Giorgos Karatzaferis scheinen den Preis dafür zu zahlen, dass sie im vergangenen November in die Übergangsregierung eintraten, dann aber kurz vor der entscheidenden parlamentarischen Abstimmung über das zweite Rettungspaket wieder austraten.

Karatzaferis hatte einen Großteil der beiden Jahre davor damit zugebracht, die PASOK und die ND eindringlich zu bitten, eine Koalitionsregierung zu bilden, um Reformen durchzusetzen. Mit seiner Entscheidung, die Regierung gleich wieder zu verlassen, kaum dass er dieser Koalition angehörte, untergrub er daher seinen Versuch, verantwortungsbewusst zu erscheinen. Der Umfrage von Public Issue zufolge ist die LAOS unter die 3-Prozent-Hürde für den Eintritt ins Parlament abgerutscht. Statt den Austritt aus der Regierung mit seiner Opposition gegen Strukturformen zu erklären, versuchte Karatzaferis ihn damit zu rechtfertigen, dass er der ND und der PASOK politisches Taktieren vorwarf. Mit seiner Charakterisierung

4. Public Issue: »Politbarometer Nummer 102, Zweite Märzhälfte 2012«, <http://www.publicissue.gr/1967/varometro-mar-2012-2o-ektakto-kyma/>.

des Memorandums als ein Instrument, mit dem ausländische Mächte Einfluss auf Griechenland ausüben würden, stürzte er die Öffentlichkeit in einige Verwirrung, welche Position er und seine Partei eigentlich zum Thema Rettungspaket einnehmen. Aufgrund Karatzaferis' chamäleonartiger Eigenschaften ist eine erneute Beteiligung an einer Koalitionsregierung nicht ausgeschlossen, aber die abnehmende Popularität seiner Partei könnte zur Folge haben, dass die LAOS gar nicht ins Parlament einzieht.

Ein weiterer Grund für das Abrutschen der LAOS ist der Aufstieg der neofaschistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte). In früheren Jahren hatte die LAOS quasi ein Monopol auf die populistische und nationalistische Rhetorik, aber jetzt hebt die Chrysi Avgi diese Rhetorik auf ein neues, aggressiveres Niveau, in dem sich die außergewöhnlichen Umstände widerspiegeln, die Griechenland heute durchlebt. Die Partei hatte nur 0,29 Prozent bei den letzten Wahlen errungen, aber im November 2010 bei den Wahlen zum Stadtrat von Athen ihren ersten Sitz gewonnen und ihn als Plattform genutzt, um ihre Botschaft zu verbreiten, zu der auch die Forderung nach Ausweisung von Immigranten aus Griechenland gehört.

Die Chrysi Avgi konzentriert ihre Bemühungen auf Viertel in Athen und anderen Städten, in denen eine große Zahl Immigranten wohnt und in denen die Einheimischen aufgrund steigender Kriminalität Angst um ihre Sicherheit haben. Public Issue zeigt, dass die Unterstützung für Chrysi Avgi in den letzten Monaten gestiegen ist – hauptsächlich aufgrund der Wählerabwanderung von der LAOS. Die Neofaschisten könnten daher genügend Wählerunterstützung für sich gewinnen, um ins Parlament einzuziehen.

Allerdings werden die LAOS und die Chrysi Avgi wahrscheinlich von den Unabhängigen Griechen in den Schatten gestellt. Die von dem kein Blatt vor den Mund nehmenden Abgeordneten Panos Kammenos nach seinem Ausschluss aus der ND gegründete Partei hat sich auf die Fahnen geschrieben, Deutschland dazu zu bringen, seine aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Schulden bei Griechenland zu begleichen. Kammenos griff eine von einigen Kommentatoren und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens heraufbeschworene Debatte auf und behauptete, Deutschland schulde Griechenland Reparationszahlungen für Kriegsschäden und müsse darüber hinaus auch ein Darlehen zurückzahlen, das die Bank von

Griechenland zwangsweise dem Naziregime bereitstellen musste. Schätzungen zufolge betragen diese beiden Posten zusammen mehr als 150 Mrd. Euro, ohne Berechnung von Zinsen.

Bemerkenswert ist, dass Kammenos seine Partei ausgerechnet in Distomo in Zentralgriechenland aus der Taufe hob, einer Stadt, in der mehr als 200 Griechen von Nazisoldaten exekutiert worden waren. Er argumentiert, dass das Memorandum eine Verletzung der griechischen Souveränität darstelle und PASOK und ND sich zu Verrätern gemacht haben, als sie es unterzeichneten. Er kündigte auch an, Poul Thomsen, den Leiter der IWF-Delegation, des Landes zu verweisen und die Bank von Griechenland zu verstaatlichen.

Neben seiner extrem nationalistischen Linie spricht sich Kammenos auch für Reformen im öffentlichen Sektor und eine Senkung der Mehrwertsteuer auf 15 Prozent aus – beides Vorschläge, die Wähler der ND ansprechen könnten. Kammenos hat sehr schnell gehandelt, um neun weitere Abgeordnete der ND für seine Partei zu gewinnen und wird eine politische Kraft sein, mit der die Konservativen bei der bevorstehenden Wahl zu rechnen haben.

2.5 Die kleineren Parteien und der Siegerbonus

Das griechische Wahlrecht bringt es mit sich, dass die kleinen Parteien, die aufgrund der 3-Prozent-Hürde den Einzug ins Parlament verpassen, dennoch letztlich ausschlaggebend für den Wahlausgang sein könnten.

Zu den Parteien, die möglicherweise an der Sperrklausel scheitern, gehören die Demokratische Allianz, die Ökologen/Grünen, denen es offensichtlich nicht gelingt, ihren Stimmenanteil, der bei der letzten Wahl fast für den Einzug ins Parlament gereicht hätte, weiter auszubauen, sowie eine Reihe neuer und alter Bewegungen und Organisationen.

Dem Wahlgesetz zufolge erhält die Partei, die den Wahlsieg davonträgt, einen Bonus von 50 zusätzlichen Parlamentssitzen. Allerdings hängt der Wahlsieg rechnerisch auch davon ab, wie hoch der Prozentsatz aller an der 3-Prozent-Hürde gescheiterten Parteien zusammen ist.

Wenn die Unterstützung für die Parteien, die nicht ins Parlament einziehen, insgesamt drei Prozent beträgt, reicht ein Stimmenanteil von 39,2 Prozent für die Mehrheit der Parlamentssitze. Wenn die erfolglosen Parteien zusammen zehn Prozent erhalten, fällt diese Schwelle auf 36,4 Prozent. Der jüngsten Umfrage von Public Issue zufolge beträgt der gemeinsame Stimmenanteil aller nicht ins Parlament einziehenden Parteien neun Prozent.

Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die Regierung, sei es eine Koalition oder eine Alleinregierung, einen Puffer von mehreren Sitzen anstreben wird, um zu vermeiden, in den kommenden Monaten in entscheidenden Abstimmungen ihren eigenen Abgeordneten ausgeliefert zu sein. Das ideale Szenario für die nächste Regierung wäre, mindestens 180 Sitze zu haben, denn das würde bedeuten, dass Gesetzentwürfe mit einer qualifizierten Mehrheit vom Parlament verabschiedet werden könnten. Das würde jedoch wahrscheinlich 49 Prozent der Wählerstimmen für die Regierungspartei/en erfordern. Für 160 Sitze wären etwa 42 Prozent der Stimmen notwendig. Der PASOK-Vorsitzende Venizelos sprach während des Wahlkampfes davon, dass die nächste Regierung auf eine Mehrheit von 50 Prozent der Stimmen bauen sollte, was bedeutet, dass eine dritte Partei an der Koalition beteiligt werden müsste.

Sollten die PASOK und die ND gemeinsam die nächste Regierung bilden, wird der Prozentsatz, den jede Partei bei der Wahl im Mai erlangt, den Ausschlag darüber geben, wie diese Regierung exakt aussehen wird. Wenn der Unterschied in der Stimmenzahl für die beiden Parteien gering ist, dann ist es sehr gut möglich, dass die PASOK verhindern wird, dass Samaras Ministerpräsident wird. In diesem Fall könnte eine neutralere Persönlichkeit, etwa der gegenwärtige Premier Loucas Papadimos ernannt werden. Samaras wird sich aber vermutlich sowohl gegen die Wiederernennung von Papadimos als auch gegen die Ernennung des gegenwärtigen Außenministers Stavros Dimas wehren, der früher als EU-Umweltkommissar fungierte und in Medienberichten als Alternative gehandelt wird. Wenn es keinen klaren Gewinner der Wahlen gibt, bekommt der Vorsitzende der stärksten Partei drei Tage, um eine Regierung zu bilden. Scheitert er, wird dieses Recht an den Vorsitzenden der zweitstärksten Partei und danach an den der drittstärksten übergehen. Scheitern alle drei, werden Neuwahlen ausgerufen.

Für die PASOK und die ND ist diese Wahl eine große Herausforderung, aber die Zusammenarbeit nach der Wahl könnte sich, insbesondere bei einer knappen Mehrheit, als noch schwieriger erweisen. Die PASOK muss sich erst wieder stabilisieren, nachdem sie zwei Jahre lang ständig in der Kritik stand und Prügel einstecken musste, während die ND mit Angriffen von rechten Parteien und möglicherweise mit Überläufern zu Parteien des rechten Spektrums rechnen muss.

In seinen ersten Wahlkampfreden hat Samaras den Gedanken an eine Koalition mit der PASOK weit von sich gewiesen und angedeutet, dass er nur eine klare Mehrheit für seine Partei akzeptieren würde, was bedeutet, dass eine weitere Wahl erforderlich wäre. In Samaras' Aussage steckt zweifellos ein gehöriges Element politischen Taktierens, denn eine klare Mehrheit für die ND käme nur mit einem drastischen Wandel der Wählerstimmung zustande. Und wenn Samaras auf Neuwahlen bestünde, liefe er Gefahr, als halsstarrig zu gelten und beschuldigt zu werden, seine eigenen Interessen wichtiger zu nehmen als die des Landes. Allerdings ist seine Aussage ein weiterer Hinweis darauf, dass eine Zusammenarbeit von PASOK und ND sich schwierig gestalten könnte, wenn sich die jüngsten Umfrageergebnisse im Wahlausgang bewahrheiten.

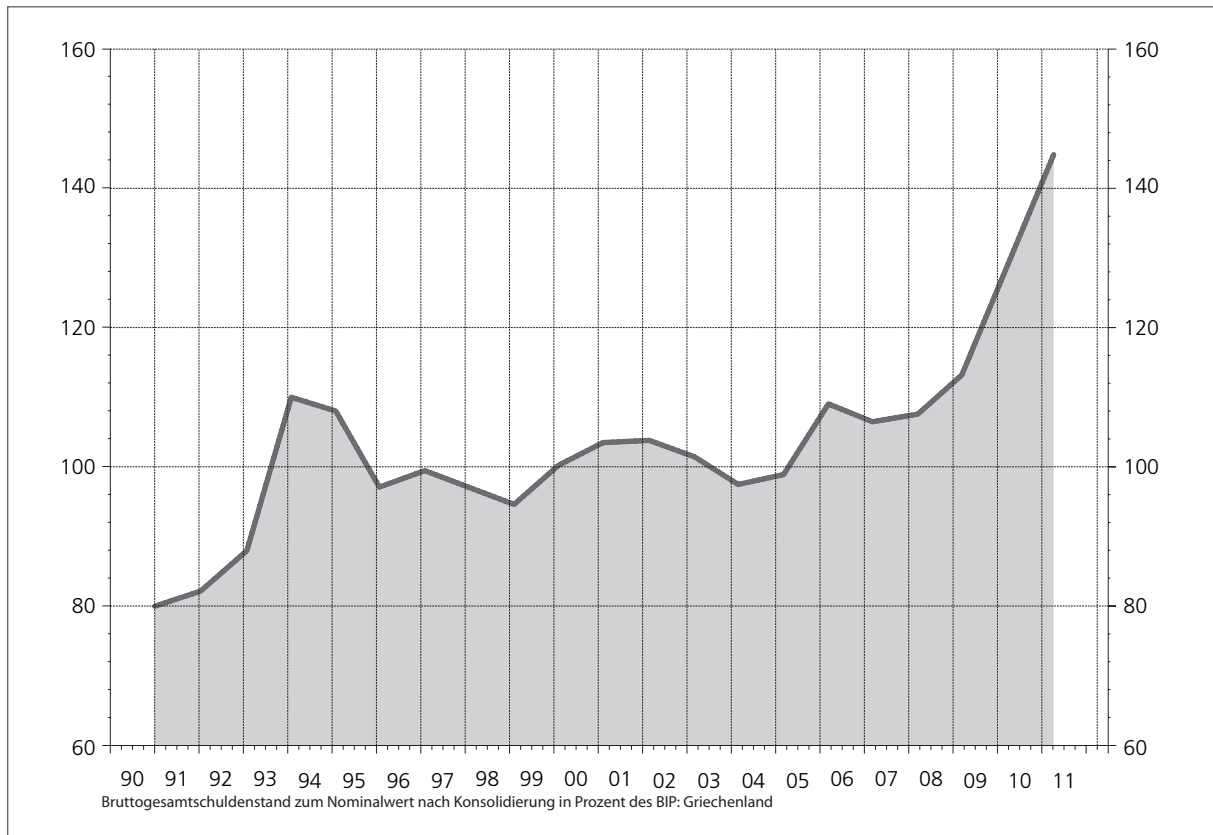
3. Die Wahlen durch das Prisma der Krise betrachtet

Eine der Altlasten der Regierungen von PASOK bzw. ND ist deren Versäumnis, den wirtschaftlichen Schwächen Griechenlands seit den 1970er Jahren entgegenzuwirken, was zu einer stetig wachsenden Staatsverschuldung führte. Es waren dieser angewachsene Schuldenberg zusammen mit der Erkenntnis, dass das Haushaltsdefizit statt der vorher prognostizierten sechs Prozent sogar zweistellig werden würde (letztlich erreichte es 15,4 Prozent des BIP), die Ende 2009 die Krise in Griechenland auslösten.

Obwohl die Verantwortung für dieses spezifische Versagen hauptsächlich bei der ND-Regierung lag, die ab März 2004 an der Macht war, bis die PASOK im Oktober 2009 wieder die Regierungsgeschäfte übernahm, wird aus Meinungsumfragen immer wieder deutlich, dass die Wähler unabhängig von ihrer politischen Überzeugung allen bisherigen Regierungen die Schuld daran zuwei-



Abbildung 1: Bruttostaatsverschuldung Griechenlands in Prozent des BIP



Quelle: Thomson Reuters Datastream – Eurostat

sen, dass die öffentlichen Finanzen Griechenlands außer Kontrolle gerieten.

Die Unbeliebtheit einiger Maßnahmen und die sich verschlechternde Wirtschaftslage führten dazu, dass die Umfragewerte für die PASOK-Regierung nach der Unterzeichnung der Kreditvereinbarung in den Keller stürzten. Im November 2011 wurde eine Koalitionsregierung aus PASOK, ND und der LAOS unter Führung des ehemaligen Vizepräsidenten der EZB Loucas Papadimos gebildet.

Papadimos fiel die Aufgabe zu, ein zweites Rettungspaket in Höhe von 174 Mrd. Euro mit Griechenlands Kreditgebern zu vereinbaren und einen Schuldenschnitt unter Beteiligung des privaten Sektors (PSI) auszuhandeln, der den griechischen Schuldenberg um rund 100 Mrd. Euro reduzierte.

Dies gelang, die Wahl im Mai steht aber immer noch im langen Schatten der Wirtschaftskrise und der Methoden, die von der griechischen Regierung und ihren Gläubi-

gern eingesetzt wurden, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die schlechten Wirtschaftsbedingungen, die Auflagen des Rettungspakets, die Reaktion aus der Eurozone und die Zukunft Griechenlands mit der gemeinsamen Währung und in der EU werden die Hauptthemen im bevorstehenden Wahlkampf sein.

4. Hauptthemen des Wahlkampfes

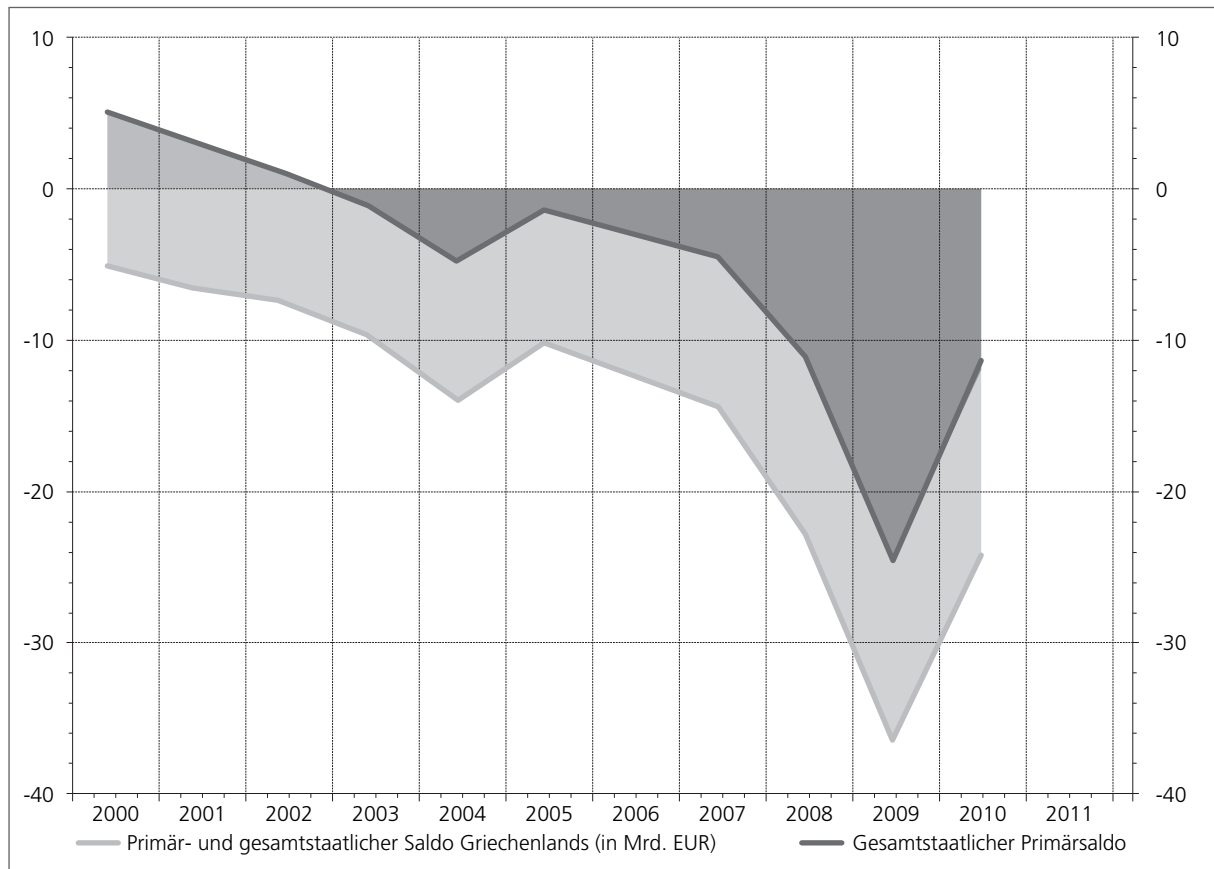
4.1 Austeritätspolitik

Seit Ende 2009 zahlen die Griechen einen hohen Preis für die ökonomischen und politischen Versäumnisse vergangener Jahrzehnte. Ihre Regierung hat den in Europa seit vielen Jahren härtesten Sparkurs eingeschlagen, der mit erheblichen Kürzungen bei Gehältern, Sozialleistungen und Renten einherging.

Sowohl im Ausland als auch in Griechenland selbst herrscht häufig die irri- ge Annahme, dass die finanzpo-



Abbildung 2: Primär- und gesamtstaatlicher Saldo Griechenlands (in Mrd. EUR)



Quelle: Thomson Reuters Datastream – Eurostat

litischen Maßnahmen der letzten Jahre wenig bewirkt hätten. Tatsächlich hatten sie aber erhebliche Auswirkungen auf Griechenlands Staatsfinanzen. Allein die Verringerung des Haushaltsdefizits um 6,5 Prozent vermittelt einen Eindruck von den großen Schritten, die von 2009 bis 2011 gemacht wurden. Genau gesagt ging das gesamtstaatliche Defizit von 15,8 Prozent des BIP im Jahr 2009 auf 9,3 Prozent des BIP im Jahr 2011 zurück.

Das Primärdefizit (ohne die Kosten für Zinszahlungen für die Staatsschulden) wurde von 10,6 Prozent des BIP 2009 auf 2,4 Prozent des BIP 2011 gesenkt. Dies ist ein Rückgang um etwa 19 Mrd. Euro in zwei Jahren. Regulierungen dieser Art sind in Volkswirtschaften bisher selten vorgekommen.

Griechenland scheint auf dem besten Weg zu sein, im kommenden Jahr einen Primärüberschuss zu erzielen, was dem Land ein wenig mehr finanzpolitische Freiheit

verschaffen wird. Aber die Art und Weise, in der das Defizit gesenkt wurde und wird, war und ist sehr umstritten.

Einer der Hauptkritikpunkte an der PASOK-Regierung, die bis November 2011 an der Macht war, ist, dass sie sich auf eine Erhöhung der Einnahmen durch Sondersteuern fixierte, statt Einsparungen im öffentlichen Sektor vorzunehmen, entweder durch einen Abbau der Verschwendung oder durch eine Senkung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst. Der Anstieg der direkten und indirekten Steuern sowie Gehaltskürzungen im öffentlichen und im privaten Sektor haben dazu geführt, dass das verfügbare Realeinkommen der Griechen zwischen 2009 und 2011 um durchschnittlich 23 Prozent gesunken ist. Der griechische Einzelhandelsverband (ESEE) schätzt, dass seit Beginn der Krise mehr als 60 000 Betriebe schließen mussten und dass in diesem Jahr bis zu 160 000 Arbeitsplätze im Handelssektor verlorengehen werden.

Die weitreichenden Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die griechische Wirtschaft und auf das Alltagsleben der Menschen sind einer der Gründe für den dramatischen Absturz der PASOK in der Wählergunst. Die anhaltende Konzentration auf Maßnahmen zur Erhöhung der Staatseinnahmen zu einer Zeit, in der die griechische Wirtschaft immer weiter schrumpfte, führte dazu, dass die meisten Haushalte das Gefühl hatten, auf unfaire Weise geschöpft zu werden. Aufgrund der zögerlichen Reformen im öffentlichen Sektor und der mangelnden Umsetzung anderer Strukturreformen gewannen viele Griechen den Eindruck, sie würden überproportional belastet, weil die PASOK nicht gewillt war, Änderungen vorzunehmen, die für die Partei eine direkte Konfrontation mit einem Teil ihrer Stammwählerschaft im öffentlichen Dienst und den Gewerkschaften bedeutet hätte.

In den Augen der meisten Griechen hat die Troika dem Land zudem unnötig harte Sparmaßnahmen auferlegt, durch die sich die Rezession nur verschlimmert habe. Dies hat zur Schaffung von zwei großen politischen Lagern geführt: auf der einen Seite die Unterstützer des EU-IWF-Memorandum und auf der anderen Seite die Gegner. Die PASOK ist zum Synonym für die unpopulären Maßnahmen geworden, die in den letzten beiden Jahren beschlossen wurden. Die ND hat versucht, sich dies zunutze zu machen, indem sie gegen die erste Kreditvereinbarung stimmte und sich für wachstumsfördernde Maßnahmen aussprach. Aber seitdem sie Teil der Koalitionsregierung geworden ist und im Februar für das zweite Rettungspaket stimmte, ist es für die Konservativen sehr viel schwieriger geworden, sich von der PASOK abzugrenzen.

Sowohl die Parteien im linken als auch die im rechtspopulistischen Spektrum haben Anti-Memorandum-Positionen eingenommen. Dazu gehört auch die LAOS, die Teil der Koalitionsregierung war, aber ausschied, bevor das Parlament den Bedingungen des zweiten Rettungspakets zustimmte. Aus einer im März von Public Issue durchgeführten Meinungsumfrage geht hervor, dass 52 Prozent der Griechen nicht mit der Entscheidung des Parlaments einverstanden waren, der Kreditvereinbarung zuzustimmen.

4.2 Wachstum und Arbeitsplätze

Die griechische Wirtschaft befindet sich seit 2008 in einer Rezession. Im letzten Jahr ging das BIP im Vergleich zum

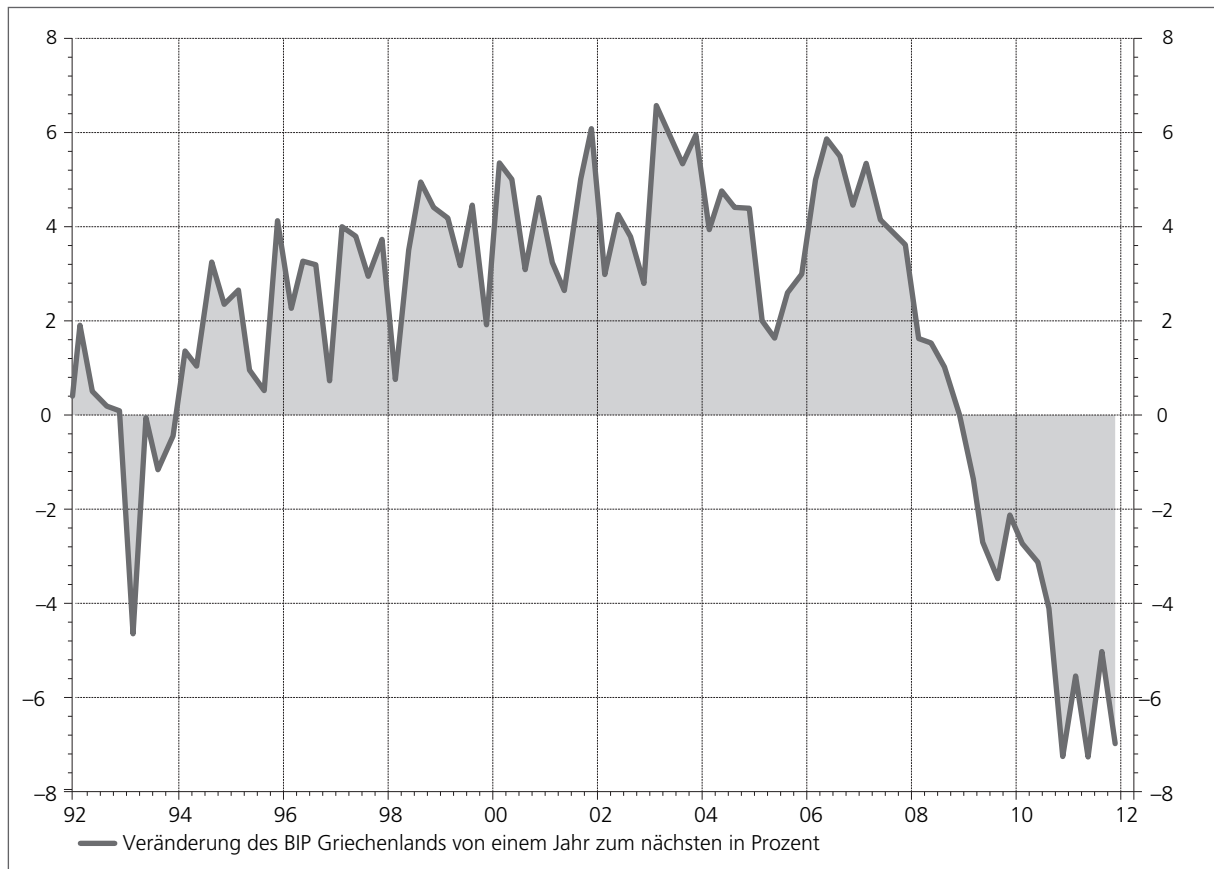
Vorjahr um 6,8 Prozent zurück. Das bedeutet, dass die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Höchststand vor der Krise um etwa 16 Prozent abgenommen hat und dass Griechenland möglicherweise eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen durchmacht, die es in der entwickelten Welt je gegeben hat. Da prognostiziert wird, dass die Wirtschaft in diesem Jahr mindestens um weitere 4,5 Prozent schrumpfen wird, könnte Griechenland die wirtschaftliche Talfahrt Argentiniens nach dessen Zahlungsunfähigkeit im Jahre 2001 übertreffen und fast den Einbruch um 24 Prozent erreichen, den Lettland vor einigen Jahren zu verzeichnen hatte. Während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 schrumpfte die Volkswirtschaft der USA um 29 Prozent. Griechenland hat die zwölf aufeinanderfolgenden Quartale negativen Wachstums, die die Amerikaner damals erlebten, bereits übertroffen.

Die Frage, wie Griechenland wieder auf einen Wachstumskurs gebracht werden kann, beherrscht die öffentliche Debatte im Vorfeld der Wahl. Neben der praxisorientierten Dimension des Wirtschaftswachstums – der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiederbelebung der Inlandsnachfrage – hat die Diskussion auch einen psychologischen Aspekt: Die Griechen brauchen dringend eine konkrete, glaubwürdige Zukunftshoffnung. In der Meinungsumfrage von Public Issue vom 1. April sagten 87 Prozent der Befragten, sie seien mit ihrem Leben unzufrieden.

Angesichts der Dauer der Rezession und der schleppenden Umsetzung einiger Reformen wird es für die Parteien immer schwieriger, die Wählerschaft davon zu überzeugen, dass sich die strukturellen Veränderungen eines Tages auszahlen und zu erneutem Wirtschaftswachstum führen werden. Außerdem haben die Menschen den Eindruck, dass es Griechenland an einem umfassenden zukunftsfähigen Wirtschaftsplan mangelt, in dem die zu fördernden Sektoren der Volkswirtschaft und die dazu notwendigen Maßnahmen identifiziert werden. Es hat zwar in der Vergangenheit einige sporadische Vorschläge gegeben, beispielsweise das Konzept des »grünen Wachstums«, das von der PASOK unter der Führung von Georgios Papandreou unterstützt wurde, aber letztlich wurden nur wenige konkrete Schritte in diese Richtung unternommen. Sein Nachfolger, Evangelos Venizelos, hat von der Notwendigkeit eines »nationalen Wiederaufbauplans« gesprochen, sich aber nicht detaillierter dazu geäußert, was dieser Plan beinhalten könnte.



Abbildung 3: Veränderung des BIP Griechenlands von einem Jahr zum nächsten in Prozent



Quelle: Thomson Reuters Datastream – Eurostat

Venizelos betont die Wichtigkeit eines Plans für die Rekapitalisierung der Banken. Es wird erwartet, dass Griechenland im April die Einzelheiten dieses Plans bekanntgeben wird, mit dem Kapital in Höhe von bis zu 50 Milliarden Euro in die ausgetrockneten einheimischen Banken gepumpt werden sollen. Venizelos zufolge kommt dies den einheimischen Unternehmen zugute, da sie wieder Zugang zur Finanzierung erhalten würden und dann investieren und expandieren könnten. Aber auch hier wird wieder das Fehlen einer umfassenden Wachstumsstrategie deutlich: Trotz der Tatsache, dass die betreffenden Banken im Prinzip verstaatlicht werden, hat bis Mitte April noch keine Partei auch nur angedeutet, wie diese 50 Mrd. Euro zum Nutzen der griechischen Unternehmen eingesetzt werden sollen.

In jüngerer Zeit gibt es Entwicklungen dahingehend, dass Griechenland konstruktive Unterstützung von der EU für wachstumsorientierte Projekte erhält. Ein mit einer Milliarde Euro ausgestatteter Garantiefonds, der finanzielle

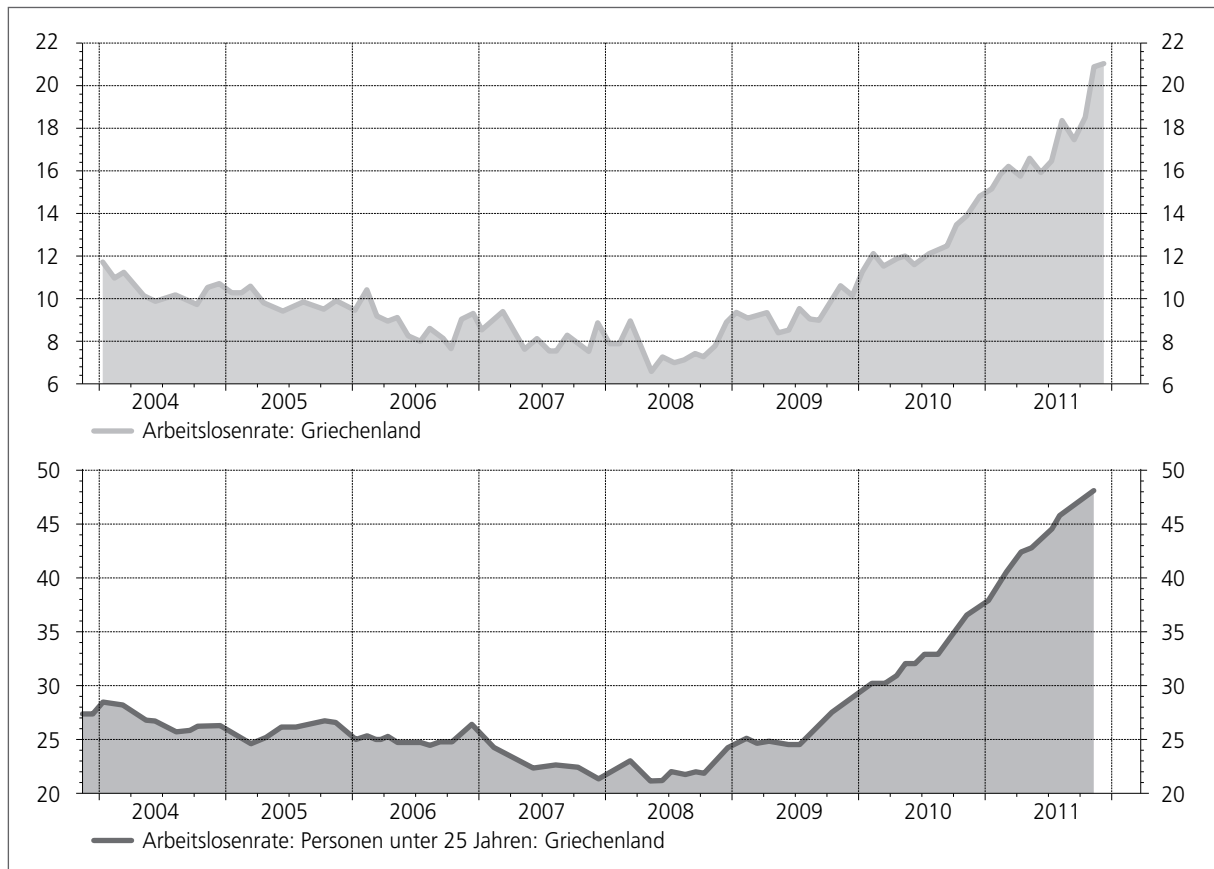
Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen bereitstellen soll, wird im April mit Hilfe der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank eingerichtet. Außerdem bemüht man sich darum, die Auszahlung der etwa 12 Mrd. Euro aus EU-Strukturfonds zu beschleunigen, die Griechenland bis Ende 2013 bewilligt wurden.

Die ND hat sich für pauschale Steuersenkungen zur Ankurbelung der Wirtschaft ausgesprochen. Ihr Vorsitzender Antonis Samaras favorisiert einen einheitlichen Unternehmenssteuersatz von 15 Prozent für Einzelunternehmer und Betriebe. Zudem will er die Mehrwertsteuer, die seit 2010 stark angestiegen ist, wieder auf das ursprüngliche Niveau reduzieren.

Sowohl die PASOK als auch die ND unterstützen die Idee, dass Griechenland die Fördermittel aus dem EU-Strukturfonds sinnvoller einsetzen soll. Parteien aus dem linken und dem rechten Lager fordern eine Entschärfung der



Abbildung 4: Arbeitslosenraten in Griechenland gesamt und bei den unter 25-Jährigen



Quelle: Thomson Reuters Datastream – Eurostat

Sparmaßnahmen, und einige haben sich für die Erarbeitung eines Marshall-Plans für Griechenland ausgesprochen, um die Investitionen in die Wirtschaft zu erhöhen.

Eine der gravierendsten Auswirkungen der Krise ist das rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate hat sich seit dem Beginn der Krise verdoppelt und lag im Dezember 2011 bei 21 Prozent – etwa doppelt so hoch wie der Durchschnitt in der Eurozone. Von der rund elf Millionen Menschen zählenden Bevölkerung Griechenlands sind jetzt über eine Million arbeitslos.

Den Statistiken zufolge gibt es unter den 15- bis 24-Jährigen erstmals mehr Arbeitslose als Beschäftigte. Die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe stieg auf 51,1 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie vor drei Jahren.

Dieser rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit hat in der griechischen Gesellschaft einen großen Druck erzeugt, da immer mehr Familien Schwierigkeiten haben, mit ihrem

Einkommen über die Runden zu kommen, und junge Menschen daran zweifeln, ob sie in Griechenland eine Zukunft haben.

Ab März wurde das Arbeitslosengeld um 22 Prozent gesenkt, was der Senkung des Mindestlohns entspricht, die die Regierung mit der Troika vereinbart hatte. Das Arbeitslosengeld für Griechen ohne Kinder beträgt 360 Euro, für Personen mit einem Kind 396 Euro, mit zwei Kindern 432 Euro. Diese Sozialleistungen werden nur für die ersten 12 Monate der Arbeitslosigkeit gezahlt.

Das Ansteigen der Arbeitslosenrate hat zweifellos immer mehr Menschen zu den kleineren Parteien, vor allem zu den Linksparteien, gedrängt, die sich gegen die Sparmaßnahmen ausgesprochen und Maßnahmen zur Wachstumsförderung gefordert haben und fordern. Zu den zunehmenden Schwierigkeiten, vor denen Arbeitslose stehen, gehören auch die geringen Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz, gekürzte Sozialleistungen und

der Verlust der Sozialversicherung. Dies ist eine gefährliche Mischung, die mehr als eine Million Griechen betrifft, deren Einstellungen sich bei der bevorstehenden Wahl als ausschlaggebend erweisen könnten.

4.3 Andere Themen

Der Euro, die Europäische Union und die griechische Souveränität

»Eine große schweigende Mehrheit – und das sind nicht die Menschen, die auf den Straßen demonstrieren – versteht, dass die Preisstabilität, die mit der Europäischen Währungsunion einhergeht, und die finanzpolitische Disziplin, die sie verlangt, für das Land Vorteile bringen und dass der Anpassungsprozess innerhalb der Eurozone effektiver sein wird als außerhalb«, sagte Ministerpräsident Loucas Papadimos im März 2012 in einem Interview mit der Financial Times.⁵

In einem gewissen Sinne hat Papadimos Recht mit seiner Behauptung, dass die Mehrheit der Griechen trotz einiger sehr schmerzhafter Anpassungsmaßnahmen der Meinung ist, dass sie innerhalb der Eurozone eine bessere Zukunft haben werden als bei einer Rückkehr des Landes zur Drachme. Das ging immer wieder aus Meinungsumfragen hervor, wie etwa bei der Umfrage von Public Issue vom September 2011⁶, die verdeutlichte, dass 63 Prozent der Griechen dem Euro gegenüber immer noch positiv eingestellt waren, fünf Prozent mehr als bei einer Umfrage im Mai desselben Jahres.

Einer der Faktoren für die Unterstützung der Griechen für den Euro ist die Angst, dass die Wirtschaftslage sich unter der Drachme weiter verschlechtern würde. Zwei Drittel der Befragten in der Meinungsumfrage von Public Issue sagten, dass die Lage für Griechenland schlimmer würde, wenn das Land zur Drachme zurückkehrte. Der Geschäftsführer von Public Issue, Yiannis Mavris, merkte damals an, dass bei den jüngeren Altersgruppen, den angestellten Facharbeitern und den Arbeitslosen die Unterstützung für den Euro noch weiter steige, obwohl sie

von der Krise stärker betroffen seien. Mavris erklärte das damit, dass sie den Euro als Sicherheitsanker in der unruhigen Zeit betrachten:

»Die Intensivierung der aktuellen Schuldenkrise, in die Griechenland geraten ist, und die sich daraus ergebende massive Welle der (finanziellen und geopolitischen) Unsicherheit, die das Land überrollt, könnte die Veränderung in dieser sozialen Einstellung weitgehend erklären.«⁷

Es gibt jedoch auch einige weniger klar bezifferbare Gesichtspunkte in Bezug auf die anhaltende Unterstützung für den Euro. Dazu gehört die Angst, dass eine Rückkehr zur Drachme ein sterbendes politisches System wiederbeleben könnte, dessen Untergang viele Griechen herbeigesehnt hatten. Nachdem die Krise dafür gesorgt hat, dass die Politiker sich nicht mehr mit öffentlichen Geldern politische Unterstützung kaufen können, würde eine Rückkehr zur Drachme die Kontrolle über die Währungspolitik und die Gelddruckerpressen wieder in die Hände derselben Politiker legen, die Griechenland an den Rand des Zusammenbruchs geführt haben.

Des Weiteren besteht die Sorge, dass eine Rückkehr zur Drachme das Ende jeglicher Bemühungen signalisieren könnte, das Land zu reformieren und die chronischen Probleme zu lösen, denen es in den letzten Jahrzehnten ausgesetzt war.

Es gibt jedoch auch einige Griechen, die den Euro ablehnen. Die Meinungsumfrage von Public Issue ergab, dass 34 Prozent eine negative Einstellung zur Einheitswährung haben. Aus dieser vor der Gründung der euroskeptischen Unabhängigen Griechen durchgeführten Umfrage geht hervor, dass es vor allem Anhänger der Kommunistischen Partei und der LAOS sind, die sich eine Rückkehr zur Drachme vorstellen könnten.

Die LAOS und die Unabhängigen Griechen äußern sich nicht eindeutig zur Frage der Einheitswährung. Obwohl keine der beiden Parteien sich ausdrücklich für einen Ausstieg aus der Eurozone ausspricht, kleiden beide die Debatte über die gemeinsame Währung in nationalistische Begriffe und stellen sie in den breiteren Kontext der Position Griechenlands innerhalb der Europäischen Union. Beide stehen manchen EU-Partnern, insbesondere

5. Eine Transkription des Gesprächs von Loucas Papadimos mit der Financial Times vom 18.3.2012 findet sich unter: <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/9b3f8d50-70df-11e1-8456-00144feab49a.html#axzz1rd4nwL5b>.

6. Public Issue: »Die Griechen, der Euro und die Drachme, Nummer 2« 25.9.2011, <http://www.publicissue.gr/1883/euro-sept-2011>.

7. »Eine Trendbewertung der öffentlichen Meinung in einer Dreimonatsanalyse« von Yiannis Mavris, 25.9.2011, <http://www.publicissue.gr/1885/euro-analysis-2011/>.

Deutschland, äußerst kritisch gegenüber und werfen ihnen vor, die Griechen mittels der Rettungspakete auszubeuten.

Einen ähnlichen Ansatz hat die Kommunistische Partei, aber sie äußert sich weitaus offener über ihre ablehnende Haltung zur Mitgliedschaft in der EU und der Eurozone. »Wir konzentrieren uns nicht nur auf die Währung. Es geht uns um die vollständige Loslösung von der Europäischen Union«, erklärte die KKE-Vorsitzende Aleka Papariga im März in einem Interview mit Skai TV. Sie deutete an, dass die vom Arabischen Frühling ausgelösten Veränderungen Griechenland neue Partner in Nordafrika und dem Nahen Osten bieten würden, wenn das Land die EU verlassen sollte.

Die Debatte über die Position Griechenlands innerhalb der Eurozone und der EU ist untrennbar mit der Frage der Souveränität verknüpft. Es ist den meisten Griechen klar, dass die Souveränität des Landes aufgrund der Rettungspakete stark beeinträchtigt, wenn nicht sogar vollständig verlorengegangen ist.

Die Diskussion über die verlorene Souveränität Griechenlands hat für die Unabhängigen Griechen von Panos Kammenos ein ideologisches Basislager geschaffen. Die Partei vertritt die Ansicht, dass die Rettungspakete ein Instrument seien, das ausländischen Mächten den Zugriff auf Griechenlands Bodenschätze ermögliche. Die LAOS bediente sich eines ähnlichen Arguments.

Auch die linken Parteien haben sich des Themas Souveränität angenommen. Die SYRIZA und die Demokratische Linke argumentieren, dass Griechenland seine Partner in der Eurozone drängen sollte, eine weniger erdrückende Lösung für das Schuldenproblem zu finden, und dass das Land versuchen sollte, mit anderen Staaten Bündnisse zu bilden, besonders mit anderen südeuropäischen Staaten, um der Dominanz der Kernländer, vor allem Deutschland, beim Prozess der Entscheidungsfindung etwas entgegenzusetzen zu können.

Auch der ND-Vorsitzende Antonis Samaras hat die Idee aufgegriffen, dass Außenstehende versuchen, Griechenland auszubeuten. In einer Rede am 7. April, die praktisch seine erste Wahlkampfreden vor Parteimitgliedern war, sprach Samaras von ausländischen Interessen, »die wollen, dass die zukünftige [griechische] Regierung schwach

und leicht zu kontrollieren ist« und deshalb nach der Wahl eine Koalitionsregierung bevorzugen würden.

Der PASOK-Vorsitzende Evangelos Venizelos hat häufig von der Notwendigkeit gesprochen, dass Griechenland in Europa wieder als »gleichwertiger Partner« wahrgenommen wird, und hat den Wählern verdeutlicht, dass die Souveränität Griechenlands beeinträchtigt sein wird, solange das Land auf finanzielle Hilfe aus dem Ausland angewiesen und nicht in der Lage ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Reform des öffentlichen Sektors

Eine Reform des öffentlichen Sektors, die darauf abzielt, die Bürokratie zu verringern, unproduktive öffentliche Einrichtungen zu schließen und Beschäftigungen im öffentlichen Dienst zu bewerten, um Stellen abzubauen, genießt im Allgemeinen eine breite Unterstützung in der Wählerschaft. Tatsächlich gehört die schleppende Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung des Landes zu den Dingen, die viele Griechen frustrieren.

Eine von Kapa Research im Auftrag der Zeitung To Vima im September 2011 durchgeführte Meinungsumfrage⁸ ergab, dass drei Viertel der Menschen von der damaligen sozialistischen Regierung enttäuscht waren, weil sie die von ihr versprochenen Reformen nicht umsetzte. Ebenso viele Befragte sprachen sich für die Einführung einer neuen, vereinheitlichten Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst aus, und 90 Prozent befürworteten eine weitere Reform des öffentlichen Sektors, nämlich die Schaffung eines elektronischen Systems für die Verschreibung von Medikamenten, mit dem die Verschwendung und Korruption auf diesem Gebiet bekämpft werden könnte.

Die Unfähigkeit der PASOK, viele der von ihr in ihrer Regierungszeit 2010 und 2011 versprochenen Reformen umzusetzen, ist ein weiterer Grund für die Abwanderung vieler Wähler, vor allem aus der politischen Mitte. Typisch für die Schwierigkeiten der PASOK bei der Umstrukturierung des öffentlichen Sektors war der viel diskutierte Plan, eine »Arbeitskräftereserve« zu bilden, mit der die Zahl der öffentlichen Bediensteten um 30000 gesenkt

8. Von Kapa Research durchgeführte Umfrage zu politischen Entwicklungen in der Zeitung Vima vom 4.9.2011, <http://www.tovima.gr/politics/article/?aid=417702>.

werden sollte. Diese Reserve sollte ein Jahr lang 60 Prozent ihres bisherigen Gehalts erhalten und dann entweder entlassen oder in Rente geschickt werden. Schließlich wurden nur ein paar hundert Staatsbedienstete in die Reserve aufgenommen, bevor das Projekt aufgrund von Streitigkeiten zwischen den Ministern aufgegeben wurde.

Auch die ND hat die Wähler nicht davon überzeugen können, dass sie ernsthaft eine Reform des öffentlichen Sektors in Angriff nehmen will. Sie war sogar gegen die Arbeitskräftereserve und nahm nicht eindeutig Stellung zu der Frage, ob sie Pläne zur Senkung der Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten bis 2015 um 150 000 unterstützt. Die konservative Partei, die auch einige starke Unterstützer im öffentlichen Dienst hat, deutete an, dass sie möglicherweise versuchen würde, alternative Maßnahmen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben einzuführen.

Dagegen hat die ND Pläne zur Erhöhung der Staatseinnahmen durch den Verkauf von Staatsvermögen weitaus enthusiastischer unterstützt. Sie übte heftige Kritik an der PASOK, dass diese im Laufe der vergangenen zwei Jahre nur in minimalem Umfang Privatisierungen durchführte. Während des Wahlkampfs verkündete Samaras, dass alles was privatisiert werden kann, privatisiert wird.

Die linken Parteien KKE und SYRIZA lehnen Entlassungen im öffentlichen Dienst ab, während die rechten Parteien Unabhängige Griechen und LAOS sowohl Privatisierungen als auch eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstes befürworten.

Strukturelle Reformen

Meinungsumfragen belegen, dass es in der Bevölkerung erhebliche Unterstützung für einige der Schlüsselreformen im privaten Sektor gibt. Beispielsweise ging aus einer Umfrage der Kapa Research hervor, dass 80 Prozent der Griechen die Liberalisierung mehrerer Dutzend geschützter Berufe befürworten, darunter LKW- und Taxifahrer, Apotheker sowie die von Anwälten und Bauingenieuren angebotenen Dienstleistungen.

Die Privilegien, die manche dieser Berufsgruppen genießen, wie Zugangsbeschränkungen und Mindestgebühren, sind den meisten im privaten Sektor arbeitenden

Griechen fremd. Die Existenz solcher Privilegien ist eines der Elemente, die in der griechischen Gesellschaft ein Ungerechtigkeitsgefühl aufkommen lassen, denn sie machen deutlich, dass verschiedene Gruppen aufgrund des Drucks, den sie auf Parteien und Politiker ausübten, im Laufe der Jahre auf Kosten anderer Vorteile für sich aufbauen konnten.

Auch hier hat die fehlende Entschlossenheit im politischen System, die Krise dazu zu nutzen, diese Ungerechtigkeiten aus der Welt zu räumen, beide Parteien einen Teil der Unterstützung aus der politischen Mitte gekostet, auf die sie in früheren Jahren zählen konnten. Die PASOK traf hier die Wut der betroffenen Berufsgruppen, als die Partei sich zumindest um eine Liberalisierung bemühte. Die ND hat sich auf diesem Gebiet dagegen nicht als enthusiastische Befürworterin von Veränderungen entpuppt. Ein Paradebeispiel dafür ist der Versuch, den Taxisektor zu reformieren. Zwei PASOK-Minister und inzwischen auch einer der ND haben mehr als ein Jahr lang versucht, einen Modus zu finden, um Taxidienste zu liberalisieren. Auch wenn es fraglich ist, ob Griechenland ausgerechnet diese Reform benötigt – Athen verfügt über mehr Taxilizenzen als New York –, haben beide Parteien sich als äußerst nachgiebig gegenüber dem Druck der Taxifahrergewerkschaft erwiesen, die gegen die Ausstellung neuer Lizenzen ist, da dies den Wert der bereits erteilten Lizenzen schmälern würde.

Während sie eher zurückhaltend Reformen umsetzten und umsetzen, für die es großen Rückhalt in der Bevölkerung gibt, haben PASOK und ND einige weniger populäre Veränderungen eingeführt. Dazu gehören eine Reform der Arbeitsgesetzgebung, die es Arbeitgebern ermöglicht, Tarifvereinbarungen zu umgehen, und eine Senkung des Mindestlohns um 22 Prozent.

Arbeitgebern die Möglichkeit zu gewähren, mit ihren Angestellten individuelle oder unternehmensspezifische Gehaltsvereinbarungen zu treffen, hat sich als unpopulär erwiesen, denn nach Ansicht vieler Griechen wird das dazu führen, dass Unternehmer zu mächtig werden. Tarifvereinbarungen gab es in Griechenland erst seit den frühen 1990er Jahren. Davor waren Gehälter in ziemlich undurchsichtiger Art und Weise von der Regierung festgelegt worden. Die Einführung von Tarifvereinbarungen wurde auch als eine der wenigen Möglichkeiten erachtet, in der die eher reaktionären Gewerkschaften Griechenlands einen positiven Beitrag zu den Arbeitgeber-Arbeit-

nehmer-Beziehungen und dem Alltag der Arbeitnehmer leisten konnten.

Es besteht auch die Angst, dass der Ausschluss der Gewerkschaften aus dem Prozess der Gehaltsverhandlung zu einem deutlichen Absinken der Gehälter führen wird. Es wird erwartet, dass die Senkung des Mindestlohns, eine Forderung der Troika, sich auf alle Löhne und Gehälter im privaten Sektor auswirken und die meisten Arbeitskräfte betreffen wird. Dies kommt noch zur Senkung der Nominalgehälter um mehr als fünf Prozent seit Beginn der Krise hinzu, wobei die Einkommenseinbußen für viele Arbeitskräfte im öffentlichen und privaten Sektor sowieso schon weitaus höher waren.

Dass die Reduzierung der Mindestlöhne um 22 Prozent nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch den Arbeitgebern abgelehnt wurde, aber dann von der Troika auferlegt wurde, hat diese Maßnahme im Vorfeld der Wahlen zu einem der größten ideologischen Schlachtfelder gemacht. Die Gegner des Wirtschaftsrezepts, das die Troika Griechenland verschrieben hat, also die Parteien links und rechts von ND und PASOK argumentieren, dass das Beharren der Troika darauf, dass die griechischen Gehälter weiter gesenkt werden müssten, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, ein deutliches Zeichen dafür sei, dass sich das Land auf dem falschen Weg befinde.

Einige der Oppositionsparteien, vor allem die KKE und die LAOS, kleiden das Argument in populistische Begriffe und behaupten, dass die Troika sich nicht zufrieden geben werde, bis die Gehälter in Griechenland auf das selbe Niveau wie in Bulgarien gefallen seien. Andere wie die Demokratische Linke vertreten die Ansicht, dass ständige Gehaltskürzungen die Rezession nur intensiviere, da Steuereinnahmen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Mitleidenschaft gezogen würden.

Die PASOK und die ND waren nicht in der Lage, ein überzeugendes Argument vorzubringen, wie diese Gehaltskürzungen Griechenland dabei helfen werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, besonders da andere Reformen, wie die Reduzierung der Bürokratie, nur schleppend vorankommen (der Weltbank zufolge belegt Griechenland den 100. von 183 Plätzen in Bezug auf

»Ease of Doing Business«, also die reibungslose Ermöglichung der Geschäftstätigkeit⁹).

Einwanderung

Das Thema illegale Einwanderung rückte im März dieses Jahres auf ziemlich spektakuläre Art und Weise auf der politischen Agenda ganz nach oben. Wenige Tage nach seiner Wiederernennung als Minister für Öffentliche Sicherheit kündigte Michalis Chrysochoidis, Mitglied der PASOK, die Einrichtung von 30 Aufnahmezentren für illegale Einwanderer an. Wenige Tage später begann die Polizei mit Razzien im Zentrum von Athen, um illegale Migranten aufzuspüren. Am 1. April verkündeten Chrysochoidis und Gesundheitsminister Andreas Loverdos, ebenfalls von der PASOK, dass alle Einwanderer sich bei der Einreise nach Griechenland ein Gesundheitszertifikat ausstellen lassen müssten.

Für die PASOK war dies ein neuer politischer Kurs. Mit einem der ersten wichtigen Gesetze, die sie nach ihrer Machtübernahme Ende 2009 verabschiedeten, ermöglichten die Sozialisten den Migranten zweiter Generation, deren Eltern sich legal in Griechenland aufhielten, die griechische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Die PASOK reduzierte später auch die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, die Einwanderer für die Inanspruchnahme öffentlicher Gesundheitsfürsorge vorweisen mussten.

Die viel härtere von Chrysochoidis und Loverdos angenommene Linie ist der kompromisslosen Haltung der ND zum Thema Immigration und den steigenden Popularitätswerten der neofaschistischen Chrysi Avgi in den Meinungsumfragen zuzuschreiben.

Unter der Führung von Antonis Samaras hat die ND einen härteren Kurs im Umgang mit Immigranten eingeschlagen. Die Partei lehnte das Staatsbürgerschaftsgesetz ab, obwohl nur ein paar Tausend Anträge eingereicht wurden, und versicherte gleich bei seiner Einführung, dass sie es wieder abschaffen würde, sobald sie an die Macht käme. Während dies einerseits durchaus mit der grundsätzlichen Anschauung von Samaras im Einklang steht, wird der Ansatz der ND zum Thema Immigration auch als

9. World Bank »Doing Business« reports 2012, <http://www.doingbusiness.org/reports/global-reports/doing-business-2012>.

Bemühen verstanden, im rechten, nationalistischen Lager auf Stimmenfang zu gehen.

Bis vor kurzem wollten sich die Konservativen bei diesem Thema nicht von den Nationalisten der LAOS ausmanövrieren lassen, deren Vorsitzender Giorgos Karatzaferis schon immer eine populistische, manchmal ans Rassistische grenzende Position in Bezug auf Immigration vertrat. In den Worten der LAOS werden im Zentrum von Athen und in anderen Städten Migranten sehr eng mit Kriminalität, Krankheiten und einem Gefühl der Gesetzlosigkeit assoziiert.

Samaras hatte sich einer ähnlichen Sprache bedient: »Unsere Städte wurden von illegalen Immigranten eingenommen; wir müssen sie zurückgewinnen«, äußerte er Ende März gegenüber Mitgliedern seiner Partei. Auch die neugegründeten Unabhängigen Griechen, die ebenfalls zu populistischer Rhetorik neigen, konkurrieren mit der ND um Wähler rechts der Mitte.

Ohne Zweifel wurden PASOK und ND vom Aufstieg der Chrysi Avgi aufgeschreckt. Diese Partei gewann 2010 ihren ersten Sitz im Stadtrat von Athen und droht nun, bei der bevorstehenden Wahl genügend Unterstützung zu erhalten, um ins Parlament einzuziehen. Die Chrysi Avgi hat sich die Angst vieler in den Stadtzentren lebenden Griechen zunutze gemacht; dort gibt es oft eine höhere Konzentration an Migranten.

Die Unfähigkeit Griechenlands, eine effektive Einwanderungspolitik einzuführen, zusammen mit der Tatsache, dass die meisten illegalen Migranten über Griechenland oder Italien in die EU einreisen, bedeutet, dass das Thema illegale Einwanderung an Bedeutung zugenommen hat. Die Hellenische Stiftung für Europa- und Außenpolitik (ELIAMEP) schätzte 2011, dass in Griechenland rund 1,1 Mio. Immigranten leben (etwa 10 Prozent der Bevölkerung), von denen 400 000 sich illegal im Land aufhalten. Für ein Land der Größe Griechenlands ist das eine ziemlich große Zahl, und in der Wählerschaft entwickelt sich immer stärker das Gefühl, dass eine umfassendere Lösung als die Einrichtung von Aufnahmezentren gefunden werden muss. Ein Schwerpunkt der Debatte ist die Dublin-II-Verordnung, mit der festgeschrieben wurde, dass Asylbewerber in dem Land um Asyl ersuchen müssen, in dem sie in die EU eingereist sind. Viele Griechen sind der Ansicht, dass diese Regelung ihr Land überproportional belastet, was wiederum das Gefühl bestärkt,

dass die EU nicht genug zur Bewältigung des Einwanderungsproblems tue.

Sozialer Zusammenhalt

Bei der Betrachtung der extremsten Auswirkungen der Krise auf die griechische Gesellschaft sind besonders düstere Indikatoren zu nennen. Beispielsweise sind Experten der Ansicht, dass der 40-prozentige Anstieg an Selbstmorden seit Beginn der Krise in erster Linie dieser Krise zuzuschreiben ist. Zwischen 2009 und 2011 nahmen sich etwa 1 800 Menschen das Leben. Dies entspricht der Bevölkerung einer kleinen Insel, und in einer Gesellschaft, in der Selbstmorde sich normalerweise nicht häufen (Griechenland hat eine der niedrigsten Selbstmordraten in Europa), ist dieses Phänomen besonders erschreckend.

Am 4. April hat sich in Athen ein 77-jähriger pensionierter Apotheker auf dem nur wenige Meter vom Parlament entfernten Syntagma-Platz erschossen. In seinem Abschiedsbrief kritisierte der Mann die Regierung und sagte, dass er unter ernsthaften finanziellen Problemen gelitten habe. Seine Tat hat die Debatte über die Auswirkungen der Sparmaßnahmen intensiviert und die griechische Gesellschaft polarisiert, wobei manche den Tod des Pensionärs als Folge der eingeschlagenen brutalen Wirtschaftspolitik sehen.

Eine weitere ungewohnte Erfahrung für die Griechen ist der Anblick von Obdachlosen auf den Straßen in den Städten. Schätzungen zufolge ist die Zahl der Wohnungslosen in Griechenland seit 2009 um 25 Prozent gestiegen. Ihre Zahl beträgt mittlerweile mehr als 20 000. Die Regierung ist gerade dabei, genaue Zahlen zu ermitteln. Die meisten von ihnen werden als die »neuen Obdachlosen« bezeichnet, die aufgrund finanzieller Probleme auf der Straße leben müssen und nicht aufgrund einer Drogen- oder Alkoholabhängigkeit. Es ist zu befürchten, dass diese Zahlen noch ansteigen werden, da immer mehr Menschen sich keine Wohnung mehr leisten können.

Die Zahl der Menschen, die sich nicht mehr selbst ernähren können, ist noch größer. Die griechische Kirche sagt, dass sie täglich bis zu 250 000 Menschen mit Essen versorge. Zahlreiche weitere Einrichtungen dieser Art werden von den Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Freiwilligenverbänden betrieben.

Zu den weiteren Problemen gehören die vielen Arbeitslosen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Sozialversicherungsbeiträge nachzuweisen, um Anspruch auf kostenlose oder subventionierte öffentliche Gesundheitsfürsorge zu haben. Mehrere hunderttausend Menschen sind derzeit nicht versichert. Um medizinisch versorgt zu werden, wenden sich einige von ihnen an Organisationen wie Ärzte der Welt, die normalerweise Freiwillige nach Afrika und Asien entsenden. Außerdem kommt es offensichtlich derzeit zu Medikamentenengpässen, weil Griechenland gerade daran arbeitet, das System für verschreibungspflichtige Medikamente für Patienten in ambulanter Behandlung zu reformieren.

Der griechische Staat hat sich als unfähig erwiesen, mit Problemen in diesem Ausmaß fertig zu werden, weshalb in vielen Fällen Nichtregierungsorganisationen oder Freiwillige einspringen, um die notwendigen soziale Leistungen zu erbringen. Obwohl dies einen positiven Aspekt hinsichtlich der Steigerung des sozialen Bewusstseins beinhaltet, kann dies keine langfristige Lösung sein. Es geht die Angst um, dass diese immer größer werdenden Probleme die soziale Kohäsion sowie die Geduld mit der Regierung und dem finanzpolitischen Anpassungsprogramm unterminieren werden.

Die Belastung des sozialen Gefüges in Griechenland hat das Vertrauen in die PASOK und die ND untergraben. Vielen Griechen ist bewusst, dass ihre Sozialversicherungsbeiträge in den letzten Jahrzehnten zu den höchsten in Europa gehören und sie nun trotzdem mit unzureichender Sozialfürsorge dastehen. Diese Unzufriedenheit und Wut kann nur den kleineren Parteien im linken und rechten politischen Lager zugutekommen.

5. Protest und Beteiligung

Die Griechen sind es seit Jahrzehnten gewohnt, ihrer Unzufriedenheit in öffentlichen Protesten Ausdruck zu verleihen, aber auch daran gemessen waren die letzten beiden Jahre außergewöhnlich. Es hat in Griechenland seit 2010 hunderte Demonstrationen gegeben, einige davon winzig, andere wegen der massenhaften Beteiligung beachtenswert. Diese Demonstrationen hatten vor allem drei Anliegen: Protest gegen das Versagen des nach 1974 eingeführten politischen Systems, Protest gegen die ideologischen und praktischen Auswirkungen des Sparkurses und Protest gegen spezifische Sparmaß-

nahmen oder Strukturreformen, von denen bestimmte Gruppen betroffen waren, wie Taxifahrer, Krankenhausärzte und Seeleute.

Manche dieser Proteste gingen mit Tod, Zerstörung und Gewalt einher. Bei der ersten großen Demonstration gegen die Sparmaßnahmen, die Griechenland im Rahmen des ersten EU-IWF-Rettungspakets einführte, kamen am 5. Mai 2010 bei einem Feuer in einer Bank im Zentrum Athens drei Menschen ums Leben. Am 20. Oktober 2011, dem zweiten Tag eines Generalstreiks, starb ein Bauarbeiter, der Mitglied einer der Kommunistischen Partei nahestehenden Gewerkschaft war, während einer Anti-Sparmaßnahmen-Demonstration an Herzversagen. Der Tag war geprägt von Kämpfen zwischen selbsternannten Anarchisten auf der einen Seite und Kommunisten, die sich um eine friedliche Demonstration bemühten, auf der anderen Seite.

Am 29. Juni 2011 trugen sich in Athen einige besonders hässliche Szenen zu, als im Parlament über eine neue Runde an Sparmaßnahmen, den sogenannten mittelfristigen Finanzplan abgestimmt wurde, mit dem etwa 30 Mrd. Euro eingespart werden sollten. Die Polizei wurde heftig kritisiert für ihr ungeschicktes Vorgehen gegen eine überwiegend friedliche Demonstration, die daraufhin in einen mehrstündigen Straßenkampf mit Randalierern ausartete. Amnesty International brachte seine Sorge über die Menge des an dem Tag von der Polizei eingesetzten Tränengases zum Ausdruck. Öffentliches Eigentum und Geschäfte in Athen erlitten Schäden in Höhe von mehreren Millionen Euro. Gleichermaßen chaotische Szenen spielten sich am 12. Februar 2012 im Stadtzentrum ab, als das Parlament über die Bedingungen des zweiten Rettungspakets für Griechenland abstimmte. Auch hier wurde eine große, friedliche Versammlung durch Zusammenstöße zwischen Randalierern und der Polizei aufgelöst. Die Ausschreitungen resultierten im Brand eines historischen Kinos sowie in Überfällen auf und Plünderungen von Geschäften.

Allerdings wäre es falsch, die in Athen und anderen Städten stattfindenden Proteste lediglich als normalen – und gelegentlich brutalen – Teil des üblichen politischen Diskurses in Griechenland abzutun. Manchmal hatten diese Demonstrationen noch nie dagewesene Ausprägungen. Beispielsweise versammelten sich am 25. Mai 2011 ein paar hundert Protestierer, die sich Aganaktizmenoi (die Empörten) nannten, auf dem Syntagma-

Platz, dem Hauptplatz Athens. Die von den spanischen Indignados inspirierten Aganaktizmenoi wurden nicht von einer bestimmten politischen Überzeugung oder einer spezifischen politischen Partei zusammengeführt. Es handelte sich um eine weitgehend über soziale Medien organisierte Bewegung, die ihren Unmut über die politische Elite zum Ausdruck bringen wollte, die seit 1974 in Griechenland regiert und das Land an den Rand des Zusammenbruchs geführt hat. Die überparteiliche Natur der Bewegung, die Mischung von Jung und Alt, die verschiedenen politischen Hintergründe und ihre friedlichen, demokratischen Versammlungen, darunter auch öffentliche Diskussionsveranstaltungen, waren ein Novum in der Geschichte der griechischen Proteste.

Auch wenn sich die Aganaktizmenoi-Bewegung nach und nach in Wohlgefallen auflöste und schon im August nicht mehr existent war, hatte sie in der politischen Szene Spuren hinterlassen. Beispielsweise hatten sich am 5. Juni in Athen mehrere hunderttausend Menschen versammelt, und zehn Tage danach fand eine weitere riesige Demonstration statt, als die Parlamentsabgeordneten mit der Debatte über den mittelfristigen Finanzplan begannen. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass diese breite Form des Protestes eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung (am 15. Juni) des damaligen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou spielte, seinen Rücktritt anzubieten, um den Weg für eine Einheitsregierung mit der ND zu ebnen. Letztlich scheiterte sein Versuch, und er bildete stattdessen sein Kabinett um, aber das war ein wichtiges Zeichen, dass Straßenproteste dramatische Auswirkungen haben konnten und haben würden.

Am 28. Oktober 2011 verhinderten ein paar tausend Demonstranten die jährliche Militärparade, mit der an Griechenlands Eintritt in den Zweiten Weltkrieg erinnert wird. Es war das erste Mal, dass die Parade abgesagt wurde, und die Szene, als Präsident Karolos Papoulias von der Menge geschmäht wurde, hinterließ einen bleibenden Eindruck. Diese Demonstration verstärkte den Druck auf die angeschlagene Regierung Papandreou. Es ist daher kein Zufall, dass der Premier drei Tage danach vorschlug, ein Referendum abzuhalten über das neue Hilfspaket, das Griechenland mit seinen Partnern in der Eurozone vereinbart hatte. Die Entscheidung, ein Referendum zu fordern, führte dazu, dass Papandreou zum Rücktritt gezwungen wurde, seine Regierung zusammenbrach und die PASOK eine Koalitionsregierung mit ND und LAOS bilden musste.

Die Wirkung der öffentlichen Proteste auf die Herbeiführung dieser politischen Ereignisse ist nicht zu unterschätzen. In Verbindung mit den außergewöhnlichen Zeiten, die die Griechen erleben, könnten sie auch längerfristige Auswirkungen haben, indem aus Menschen, die entweder in einer »abgeschotteten Nische« gelebt oder gegenüber dem politischen Prozess gleichgültig waren, weitaus aktivere Bürger werden.

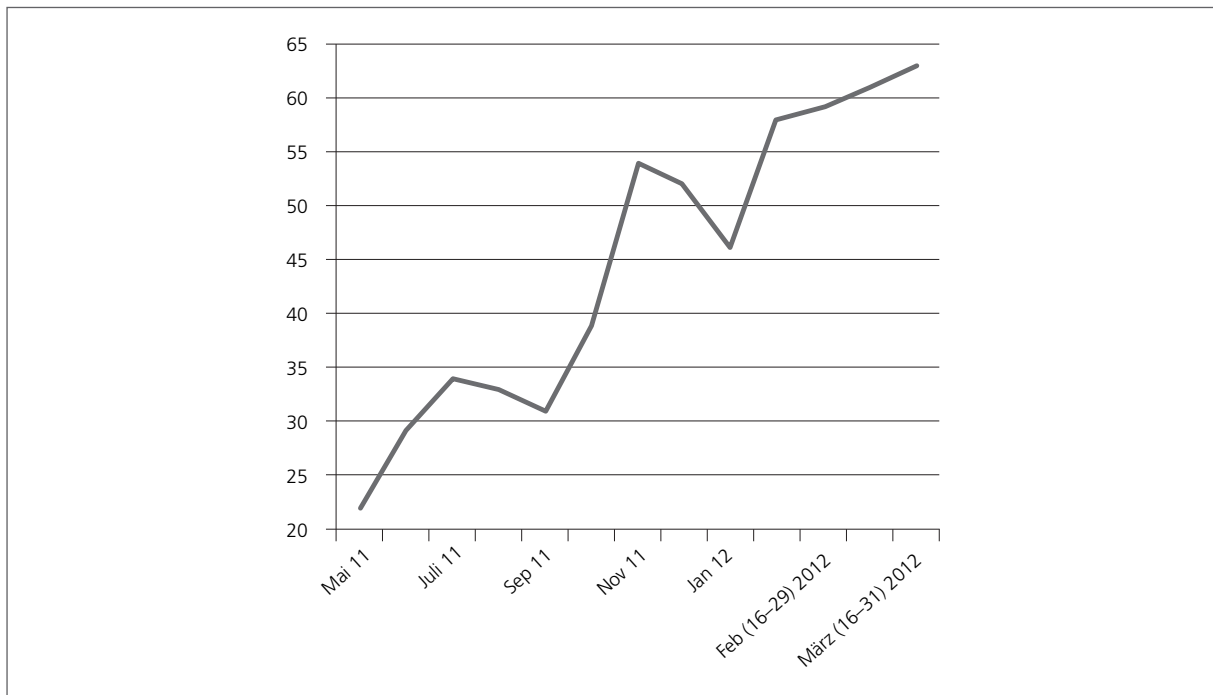
Die von der Krise verursachten sozialen Unruhen haben die meisten Griechen gezwungen, über ihr Leben und den Zustand ihres Landes ernsthafter nachzudenken. Im Griechenland des Jahres 2012 ist man immer schnell in eine Diskussion über Wirtschaft oder Politik mit Freunden, häufig aber auch mit Fremden verwickelt. Bei der Umfrage von Public Issue vom 1. April 2012 gab eine ungewöhnlich hohe Zahl der Befragten (66 Prozent) an, an politischen Themen interessiert zu sein, und 80 Prozent erklärten, dass sie regelmäßig über Politik diskutieren würden. Das bedeutet, dass die griechischen Wähler die bevorstehende Wahl mit großer Spannung erwarten.

Die letzten in Griechenland abgehaltenen Wahlen waren die auf kommunaler Ebene im November 2010. Besonders bemerkenswert an diesen Wahlen war, dass fast jeder zweite gar nicht zur Wahl ging. Bis zum vergangenen Sommer sah es in Meinungsumfragen noch so aus, als würde sich auch bei den Parlamentswahlen ein Drittel der Wähler der Stimme enthalten. Dies schien die Unzufriedenheit der Wählerschaft mit dem politischen System zu bestätigen. Aber im Laufe der letzten Monate, von den Auswirkungen der öffentlichen Proteste und der wachsenden Zahl politischer Parteien angespornt, ist die Zahl der Wähler, die beabsichtigen, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme abzugeben, drastisch gestiegen. Public Issue zufolge äußerte etwa ein Drittel der im Januar Befragten, dass sie nicht zur Wahl gehen oder leere Stimmzettel abgeben würden, bis Ende März war dieser Anteil auf weniger als ein Fünftel gesunken.

Das steigende Interesse an dieser Wahl zeigt sich auch in der Anzahl der Griechen, die der Ansicht sind, dass das Land Neuwahlen brauche. Diese Zahl ist im Laufe des letzten Jahres stark angestiegen. Public Issue zufolge waren im Mai 2011 nur 22 Prozent der Griechen der Ansicht, dass vorgezogene Wahlen notwendig seien. Ende März 2012 hatte sich diese Zahl mit 63 Prozent fast verdreifacht. Der stärkste Anstieg war hier im Anschluss an den Sommer der Aganaktizmenoi von 2011 und Geor-



Abbildung 5: Unterstützung der Forderung nach Neuwahlen (in %)



gios Papandreous Forderung nach einem Referendum sowie nach den folgenden politischen Konsequenzen im November desselben Jahres zu verzeichnen.

Das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an politischen Entwicklungen und die schwelende Frustration über die derzeitige Situation sind zwei weitere Elemente, die dafür sprechen, dass die für Mai angesetzten Wahlen in Griechenland sich deutlich von allen anderen Wahlen in der jüngeren Geschichte des Landes unterscheiden werden.

6. Ein schwieriger Übergang ins Ungewisse

Griechenland ist im Begriff, am 6. Mai die seit Jahrzehnten am stärksten umkämpfte Wahl abzuhalten. Eine verheerende Wirtschaftskrise und große Unstimmigkeit darüber, wie ihr entgegenzuwirken ist, haben zu einer politischen Zersplitterung geführt, wie sie das Land seit dem Zweiten Weltkrieg und dem darauffolgenden Bürgerkrieg nicht mehr erlebt hat.


Die der Sparmaßnahmen überdrüssigen Griechen stehen vor einer schmerzlichen Entscheidung. Mit PASOK oder ND können sie eine der beiden etablierten Parteien wählen, die einerseits zwar das Vertrauen eines großen Teils

der Bevölkerung eingebüßt haben, weil sie in den Augen der Griechen für die strukturellen und wirtschaftlichen Schwächen stehen, die Griechenland in eine so wenig beneidenswerte Lage gebracht haben, die aber andererseits aufgrund ihrer Verpflichtung, das EU-IWF-Memorandum einzuhalten und das Land in der Eurozone zu belassen, als Garanten für eine gewisse Stabilität erscheinen.

Die Alternative ist, für kleinere oder neuere Parteien zu stimmen, die ihr Ansehen nicht durch eine Zustimmung zu unpopulären Auflagen in den Kreditvereinbarungen ramponieren mussten, die aber wenige realistische Alternativen anbieten und sich meist populistischer Rhetorik bedienen.

Dazwischen gibt es einige gemäßigte Kräfte, die versuchen, den Abgrund zu überbrücken. Für sie zu stimmen bedeutet aber auch die Entscheidung für das Konzept einer Koalitionsregierung, das der griechischen Politik noch fremd ist.

Die Unterstützung für das Anti-Memorandum-Lager ist mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage Griechenlands gestiegen. Reformorientierte Griechen sind mittlerweile zunehmend frustriert über die Unfähigkeit von



PASOK und ND, entscheidende strukturelle Veränderungen vorzunehmen. In beiden Fällen ist eine Verdrossenheit über das gegenwärtige politische Establishment zu spüren. All diese Aspekte sind Indizien dafür, dass der Wahlausgang vom 6. Mai in keinsten Weise vorhersagbar ist. Dennoch sind die meisten Beobachter der Ansicht, dass die PASOK und die ND in der Lage sein werden, nach dem 6. Mai eine Koalitionsregierung zu bilden.

Der Hauptgrund dafür ist, dass die meisten Griechen trotz der schmerzhaften Einschnitte, die sie in den letzten Jahren hinnehmen mussten, weiterhin mit großer Mehrheit dafür sind, die Funktionsweise ihres Staates zu verändern, insbesondere durch eine Reform des öffentlichen Sektors, und für den Verbleib in der Eurozone und der EU sind. In Ermangelung einer ernstzunehmenden politischen Bewegung (oder Bewegungen), die diese Ansichten vertreten und von Politikern getragen werden, die nicht im etablierten System Karriere gemacht haben, scheinen die PASOK und die ND immer noch – auch heute – die besten Aussichten auf die Stabilität zu bieten, die sich viele herbeisehen.

Die kurze, unproduktive Geschichte der Koalitionsregierungen, der enge Zeitplan für Reformen und finanzpolitische Maßnahmen, die sich rasant verschlechternde Wirtschaftslage und die augenscheinliche Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien bedeuten, dass sogar ein Wahlergebnis, dass der PASOK und der ND eine Zusammenarbeit bei der Bildung einer neuen Regierung ermöglichen würde, überhaupt keine Erfolgsgarantie bietet. Griechenland tritt in eine Periode des politischen und wirtschaftlichen Übergangs ein, in dem nichts von vornherein sicher ist. Die Wahl am 6. Mai wird der erste Meilenstein auf diesem gefährlichen Weg sein.



Über den Autor

Nick Malkoutzis ist stellvertretender Chefredakteur der englischsprachigen Ausgabe der *Kathimerini*, einer überregionalen griechischen Tageszeitung, und Blogger bei *Inside Greece*.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth,
Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
Email: ID-INFO-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-142-5